6. Jahrg. Nr. 108

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Eichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Sonnabend, 16. August 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,25 Gm. wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kolonne 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 31089 — Fernsprecher: Breslau, Ring 3887.

Millionen Erwerbslose in den Hungertod getrieben!

Der „Deutsche Reichsanzeiger" veröffentlicht jetzt die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung mit folgender Verordnung:

Auf Grund des § 10 Absatz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (RGBl. 1. S. 127) wird nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung angeordnet:

1. Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 11. August 1924 ab bis auf weiteres wochentäglich in den Orten der Ortsklasse a:

	im Wirtschaftsgebiet I	II	III	
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre	90	100	110	Rentenpfg.
b) unter 21 Jahren	54	60	66	„
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre	80	90	100	„
b) unter 21 Jahren	48	55	60	„
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	30	35	38	„
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	22	25	27	„

Für die Ortsklassen b, c, d und e verringern sich die Sätze um je sechs Pfennige für die Personen unter Ziffer 1a, um je vier Pfennige unter 1b, um fünf Pfennige für weibliche Personen über 21 Jahre, um vier Pfennige für solche unter 21 Jahren und die Familienzuschläge um je zwei Pfennige für Ehegatten und einen Pfennig für Kinder im Wirtschaftsgebiet I und in ähnlicher Weise in den beiden übrigen Wirtschaftsgebieten. Pfennigbeträge, die nicht durch fünf teilbar sind, können auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Nach dieser Verordnung unterscheiden die einzelnen Ortsklassen wiederum verschiedene Wirtschaftsgebiete, was bisher nicht der Fall war; das bedeutet eine neue Differenzierung nur mit dem Zweck, nur wenige Erwerbslose in den Genuß der vollen Erhöhung der Unterstützung zu bringen. Doch nicht allein das: **entgegen dem Beschluß des Reichstages sind die einzelnen Unterstützungssätze bei weitem nicht in dem Maße erhöht worden, wie es der Beschluß vorsah.** Der Reichstag beschloß unter Ablehnung der kommunistischen Anträge die Hauptunterstützungssätze um 20—25 Prozent zu erhöhen. Nun betrug in der Ortsklasse a vor der Erhöhung der Unterstützungssatz für männliche Personen über 21 Jahre 84 Pfg. pro Tag, im Wirtschaftsgebiet I (wie die Wirtschaftsgebiete heißen, wird nicht gesagt) wird dieser Satz auf 90 Pfg. erhöht, also um ganze 7 Prozent, im Wirtschaftsgebiet II (also im Durchschnitt) um etwa 19 Prozent. Das ist der erste Betrug. Weiterhin wurde beschlossen, die Spanne zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen aufzuheben. **Diese Spanne ist wohl etwas verringert, aber bei weitem nicht aufgehoben.** In der Ortsklasse a betrug bei den vorigen Sätzen die Spanne 17 Pfg., nach den neuen Sätzen 10 Pfg., für die Gesamtsumme ein immerhin erheblicher Betrag.

Außerdem sollten die Familienzuschläge um 50 Prozent erhöht werden. Der Zuschlag in Klasse a, alter Satz, betrug bei den Ehegatten 22 Pfg., jetzt 30 Pfg., das ist eine Erhöhung um etwa 37 Prozent und nicht 50 Prozent. So reiht sich Betrug an Betrug. Die Regierung hätte überhaupt von jeder Erhöhung Abstand genommen, wenn nicht, wie die bürgerliche Presse schrieb, „Unruhen zu befürchten seien".

Neben diesem Betrug der Regierung setzt gleichzeitig eine Sabotage der einzelnen Landesregierungen ein, die, wie **Bayern** Mecklenburg und Württemberg, nicht daran denken, die Erhöhung gemäß der Verordnung durchzuführen. Die Erwerbslosen werden also alle Ursache haben, erneut auf den Plan zu treten und dieser Sabotage und dem Betrug gemeinsam mit den im Betrieb arbeitenden Brüdern den aktiven Kampfwillen des des Proletariats entgegenzusetzen.

*

In den letzten Tagen sind in Schlesien von den Industrien weitere Zehntausende von Arbeitern aus den Betrieben herausgeworfen werden.

5,40 Mark Wochenunterstützung für den Ledigen, 8,95 Mark für die vierköpfige Familie: das bedeutet den nackten Hungertod für die Erwerbslosen samt ihren Frauen und Kindern!

Jede Woche werden viele Tausende von Erwerbslosen aus den amtlichen Listen gestrichen und verlieren damit jede Unterstützung. Was ist ihr Los? — Sollen sie stehlen? Sollen sie widerstandslos verenden?

Das Erwerbslosenelend steigt von Tag zu Tag ganz ungeheuerlich. Das ist ein Massensterben für Millionen!

Wer vertreibt die Erwerbslosen aus dem Produktionsprozeß? — Der Kapitalist!

Wer verweigert ihnen eine lebensmögliche Unterstützung? — Der Kapitalistenstaat!

Wer ist der Mörder der Millionen Erwerbslosen und ihrer Frauen und Kinder? — Die Kapitalistenklasse!

Wer aber ist taub gegen alle Hilferufe der Umkommenden? — Die gesamte Bourgeoisie einschließlich der SPD.!

Erwerbslose! Ihr seid ein Heer von Millionen. Wollt ihr widerstandslos verenden?

Rüstet zum Kampf! — Schließt euch zusammen!

Und ihr Arbeiter im Betrieb, die ihr vielleicht schon morgen herausfliegt, wollt ihr euch weiter abwenden gegen das entsetzliche Elend eurer erwerbslosen Kollegen?

Die Gefahr ist gemeinsam! — Gemeinsam sei der Kampf!

Rüttelt die Massen auf gegen den Massenmord an dem arbeitenden Volke Deutschlands!

Die Landwirtschaftskammer.

Schlesischer Landbund und Bauernbund.

Von Muschik.

Am 29. Juni fanden die Wahlen zur Landwirtschaftskammer Schlesiens statt. Der Wahlkampf schlug in der agrarischen Presse sehr hohe Wogen. Wenn gleich auch der Landbund im allgemeinen durch das famose Wahlsystem siegte, zeigt sich doch ein Anwachsen der Stimmen des schlesischen **Bauernbundes** (früher schlesischer Kleinbauernbund — Führer Hillmann). Im Bereiche des Richthofen-Boguslawitz, dem Häuptling des schlesischen Landbundes war das Stimmenverhältnis ein sehr charakteristisches:

Bauernbund: 17 Stimmen.
Landbund: 19 Stimmen.

Die Landwirtschaftskammer, die den Junkern während des Wahlkampfes helfend zur Seite stand, meldet nicht das offizielle Ergebnis, sondern nur die Gewählten. Und unter diesen Adlige, Priester, Barone, Erzpriester, Rittergutsbesitzer. Eine Kammer der Junker und Volksausbeuter in der die Kleinen an die Wand gedrückt werden.

Sie setzt sich wie folgt zusammen aus:

15 Rittergutsbesitzern, 3 Erbscholtisebesitzern, 13 Gutsamtmann, 1 Vorwerksbesitzer gleich 37 Großagrarier; besitzern, 1 Erzpriester, 1 Pfarrer, 2 „Landwirten", 1 Ober- 3 Bauerngutsbesitzer, 1 „Bauer", 2 [illegible] afisbesitzern", 2 Anbauern, gleich 8 Großbauern; 1 Feldgärtner, 13 Stellenbesitzern, 1 [illegible]ärtner, gleich 15 Kleinbauern.

Es stehen 45 Junkern und Großbauern, 15 Mittel- und Kleinbauern gegenüber. Daß dort nur die Interessen der Junker vertreten werden, braucht man nicht erst zu beweisen. Diese Landwirtschaftskammer die von den Führern des deutschnationalen Landbundes beherrscht wird, und vor der Wahl beherrscht wurde, treibt als amtliche Einrichtung Parteipolitik; versucht die Wahl zu beeinflussen, verteidigt den Ausschluß von Vertretern des Bauernbundes bei Verhandlungen und denunziert den Bauernbund als bolschewistisch! Das war schon immer das letzte Mittel, um gruselig zu machen. In dem Bauernbund sind nun aber neben Demokraten, Sozialdemokraten auch Zentrumsleute vertreten. Sie mögen sich selbst gegen diesen Vorwurf verteidigen. Jedenfalls ist diese Art der Verteidigung ein Zeichen der Zersetzung des Landbundes, die Mittel- und Kleinbauern beginnen sich von ihm abzuwenden.

Um zu zeigen, wie die Landwirtschaftskammer „neutral" ist, geben wir eine Stellungnahme derselben wieder. In einer längeren Verteidigung schreibt in den Mitteilungen der Landwirtschaftskammer Nr. 3 unter Punkt 7 der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Dr. h. c. von Klitzing (ob das kein Junkersprößling ist?):

„Der Bauernbund verbreitet, die Kammer bezahle Landbundbeamte und laufe im „deutschnationalen Landbundfahrwasser". Das ist voll und ganz unwahr. Tatsache ist:

Die Kammer als solche ist mit dem Landbund überhaupt nicht verbunden. Der Landbund ist auch nicht der Kammer angeschlossen. (Aber die Vertreter des Landbundes haben die entscheidenden Posten der Landwirtschaftskammer inne und bestimmen. D. Red.), sondern arbeitet voll selbständig neben ihr.

In welchem politischen Fahrwasser der Landbund etwa läuft, ist der Kammer völlig gleichgültig (Na, na?). Sie selbst hält sich grundsätzlich von der Politik jeglicher Richtung fern (das glaubt doch nicht einmal der Verfasser dieser Erklärung). — Allerdings wird sie sich mit sozialistischen, kommunistischen und großpolnischen Agitationen niemals befreunden dürfen. Soweit hier bekannt, sind im Landbund Herren sämtlicher bürgerlicher politischer Parteien tätig; dem Bauernbund werden vielfach sozialistische Tendenzen nachgesagt. — ob mit Recht oder Unrecht, bleibt dahingestellt."

Soweit Herr von Kitzing. — Aber zu der Frechheit noch die demagogische Verhöhnung der Kleinbauern, die der saubere „Vertreter" der Landwirtschaftsinteressen an dem hinstellt. Wir geben dieses Dokument wieder, damit die kleinen Bauern sehen, wie sie von den Landbundführern verraten werden.

Es heißt dort:

„Möglich würde diese Irreführung durch den Bauernbund leider nur dadurch, daß ein großer Teil unseres Mittel- und namentlich Kleinbesitzes zum eigenen Schaden die ernste Arbeit der Landwirtschaftskammer gar nicht kennt und schwer zu bewegen ist, sie sich nutzbar zu machen. — — —

Jawohl: die Kleinbauern sind sich des Sprichwortes bewußt: „Die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber!" Sie fangen an zu begreifen, daß sie sich in selbständigen von Junkern und Pfaffen unabhängigen Organisationen zusammenschließen müssen. Dieser Zusammenschluß ist die Voraussetzung für die Schaffung der Einheitsfront zwischen den Schaffenden in Stadt und Land.

Die Junker erkennen dies. Darum der Kampf gegen die bäuerlichen Organisationen durch Landwirtschaftskammern und Landbund. Die Kleinbauern werden nirgends anders ihr Recht finden als unter einer Regierung der Arbeiter- und Bauernräte.

Die Verhandlungen abgebrochen.

Die Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebiets zwischen Frankreich und Deutschland sind abgebrochen worden. Herriot erklärt, die Räumung erst nach Jahresfrist beginnen zu wollen.

Offenbar auf Loucheurs, des französischen Großkapitalisten, Einfluß hin, fordert die französische Delegation Frankreichs Beteiligung an der Ruhrindustrie und die Kontrolle der deutschen chemischen Industrie durch Frankreich. Die alten Ziele des französischen Großkapitals, um seine ökonomische Herrschaft über den Kontinent zu verwirklichen.

Der Oberpapagei Herriot entpuppt sich als Hampelmann Loucheurs, der als wahrer Drahtzieher der französischen Politik hinter den Kulissen tätig ist.

Das Elend wächst.

(Eigene Drahtberichte.)

Essen, 15. August.

Die Firma Krupp hat in der vergangenen Woche 1300 Arbeiter und Angestellte entlassen.

Es arbeiten 38 Prozent der Belegschaft noch 56—60 Stunden in der Woche.

Bochum, 15. August.

Auf der Zeche Engelsburg finden täglich neue Entlassungen statt. Zum 1. September sind 50 Invaliden gekündigt worden.

Dortmund, 15. August.

Die Gelsenkirchner Bergwerks- und Hütten-A.-G. hat die Zeche Franziska stillgelegt.

Korfanty zahlt den Lohn aus . . .

Mittwoch morgen versammelte sich die Belegschaft der Gräfin-Laura-Grube vor der Anlage der Grube, um den fälligen Lohn zu empfangen. Von dem leitenden Direktor wurde den Arbeitern erklärt, daß die Gelder nicht zur Auszahlung gelangen könnten, weil kein Geld vorhanden sei. Der Direktor benachrichtigte sodann die Polizei und verlangte von ihr, daß die Arbeiter auseinandergetrieben werden sollten. Nach kurzer Aufforderung, auseinanderzugehen, ging die Polizei unter Leitung des Kommandanten von Chorzow gegen die etwa 3000 Mann starke Belegschaft vor. Es wurden einige Salven abgegeben. Die Gewehrkolben und Bajonette traten in Funktion. Schließlich wurden die Arbeiter unter Zurücklassung von einigen Verwundeten zurückgedrängt.

Revolutionärer Kampf in Le Havre.

Da die Schiffsherren vor einer Schiedsgerichtskommission die Forderungen der Streikenden ablehnten, erklärten in einer riesigen Versammlung die gesamten Hafen- und Dockarbeiter, den Streik konsequent fortzusetzen. Im Laufe des gestrigen Tages kam es erneut zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und die Sabotageakte wurden fortgesetzt.

Aufhebung des Verbots der KP. Jugoslawiens.

Belgrad, 14. August. Die Regierung Davidowitsch hat den früheren Beschluß des Ministerrates, der die Kommunistische Partei in Südslawien außerhalb der Gesetze stellte, aufgehoben. Sämtliche Führer der Kommunistischen Partei sind aus der Haft entlassen.

Polnische Arbeiter als Lohndrücker im Elsaß.

Paris, 15. August. Vergangene Nacht kam es bei Mühlhausen im Elsaß zu einer blutigen Schlägerei zwischen elsässischen und polnischen Arbeitern. Zwei Polen wurden schwer verletzt und mußten ins Spital übergeführt werden. Vier Elsässer sind verhaftet worden. Angeblich soll der Streit dadurch entstanden sein, weil die polnischen Arbeiter unter den üblichen Tarifsätzen arbeiten wollten.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die französischen Industriellen die Einwanderung polnischer Arbeiter begünstigen, um auf diese Weise Lohndrücker gegen die einheimischen Arbeiter zu bekommen. Anstatt, daß die Arbeiter sich gemeinsam gegen ihre Ausbeuter wenden, schlagen sie sich gegenseitig die Knochen kaputt.

Mit dem Gewehr in der Hand gegen die Kommunisten.

In der Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. Neubrandenburg erklärte ein Sozialdemokrat namens Pfieliz: „Wenn Ihr gegen die Verfassung geht, werden wir mit dem Gewehr in der Hand gegen Euch Kommunisten vorgehen". Der Mann ist würdig, Vorsitzender des Reichsbanners zu werden.

Abbruch des niederschles. Streiks u. Lohnabbau.

Wie uns aus Kahenau gemeldet wird, ist der Kampf in den niederschlesischen Hütten durch Schiedsspruch abgewürgt worden. Der Lohn soll um 3 Pfg. pro Stunde abgebaut werden.

Die Lehre der Partei aus diesen Vorgängen ist: Intensive Bearbeitung und Vertiefung der Landpropaganda! — Entfachung und Unterstützung aller Bewegungen auf dem Lande, sei es der Massenstreik der Landarbeiter, sei es der Kampf gegen Steuer- oder Pachtwucher! Ueberall muß die Partei sein! Ueberall muß die Partei eingreifen!

Wenn jetzt die Parteiorganisation ihre Pflicht tut, werden die Industrie- und Landproletarier, die Kleinbauern, Angestellten und Beamten zu einer festen Front gegen Industriebarone, Junker und Börsenjobber zusammengeschlossen, die heute die Schaffenden in Deutschland verschachern, wie Esau seine Erstgeburt verkaufte.

Der Zuchthaus-Staat des Völkerbundes.

Die Arbeiter im Saargebiet genießen schon seit Jahren die Segnungen des Völkerbundes. Gerade jetzt nach den letzten großen Streiks vor allem in der Dillinger Hütte wird die Frage der „Befriedung" des Saarproletariats wieder akut. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten verlangten Organisierung einer Polizeitruppe aus geborenen Saarländern zur Niederknüppelung der Saararbeiter. Die Kosten für diese Völkerbunds-Gendarmerie sollen durch Erhöhung der Steuer aufgebracht werden. Das Saarproletariat wird also die Ehre genießen, für sein eigenes Geld niedergeknüppelt zu werden. Die Regierungskommission des Saargebietes hat beim Völkerbund die Schaffung einer Truppe von mindestens 4000 Mann verlangt. Die Regierungskommission hat sich aber dagegen erklärt, daß die Gendarmerie aus geborenen Saarländern zusammengesetzt werden soll. Sie erklärt, die Eingeborenen würden zu viel Rücksicht nehmen auf ihre Angehörigen, es seien Söhne oder Brüder von Arbeitern, welche in den Gewerkschaften organisiert sind. „Sie sind ganz eng mit dem sozialen und politischen Leben verknüpft, und, da das Saargebiet sehr klein ist, besteht nicht, wie in größeren Ländern, die Möglichkeit, sie fern von ihrem Geburtsort aufzustellen, wo sie dem Einfluß der Familie, Kameraden und ihrer Klassengenossen entzogen werden." Brutal wird zugegeben, daß die zu schaffende Völkerbunds-Gendarmerie zum Kampf gegen die Saararbeiterschaft eingesetzt werden soll. Auch das übrige Deutschland wird nächstens den Segen des Völkerbundes genießen, wenn es offiziell in den Völkerbund aufgenommen worden ist.

Aufhebung der Niedner-Urteile!

Das Konto des Niedner ist voll — hinweg mit dem Lynchpräsidenten.

Die Kommunistische Fraktion hat im Reichstag außer ihrem Antrag gegen Niedner folgende Interpellation eingebracht:

In der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Königsberg i. Pr. in Sachen wider Kalcher und Genossen hat am 17. Juli 1924 der Senatspräsident Dr. Niedner als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik eine Parteifahne der Kommunistischen Jugend Ostpreußens als einen „russischen Fetzen" bezeichnet.

In derselben Sitzung hat der gleiche Senatspräsident in öffentlicher Sitzung einen Arbeiter, der auf eine von der Kommunistischen Jugend Rußlands der Kommunistischen Jugend Ostpreußens gestifteten und eigenen Fahne Treue der Kommunistischen Partei und der Weltrevolution gelobt hatte, gefragt: „Ob er sich denn als deutscher Mann nicht geschämt hätte, auf eine russische Fahne zu schwören."

Der Senatspräsident Dr. Niedner hat in derselben Sitzung zwei kommunistischen Pressevertretern, die begründeterweise über einen Vorgang in der Sitzung gelächelt hatten, gedroht, er würde sie im Wiederholungsfalle aus dem Saale werfen und noch bekräftigend hinzugefügt: „Mit solchen Herrschaften muß man Klartext reden."

Der Senatspräsident Dr. Niedner hat es geduldet, daß unter seiner Leitung der Staatsgerichtshof einen Beschluß faßte, einen anwesenden kommunistischen Redakteur wegen angeblicher Ungebühr vor Gericht zu einer sofort zu vollstreckenden Haftstrafe zu verurteilen, ohne den unberechtigterweise Beschuldigten vorher angehört zu haben.

Derselbe Senatspräsident Dr. Niedner hat den anwesenden Parlamentsvertreter, Dr. Ernst Meyer (Ostpreußen) Mitglied des Preußischen Landtags, der wegen Ueberfüllung des Zuhörerraumes auf der Zeugenbank Platz genommen hatte, in schroffem Tone von dort fortgewiesen, obgleich er eine Anzahl anderer Personen, die an dem Prozeß nicht beteiligt waren, unbehelligt auf den Zeugenbänken sitzen ließ.

Derselbe Senatspräsident Dr. Niedner hat dem kommunistischen Verteidiger auf eine sachliche Beanstandung in beleidigender Weise geantwortet, er weise seine Beanstandung „als ungehörig" zurück.

Derselbe Senatspräsident Dr. Niedner, der gegen alles so scharf vorging, was er für kommunistisch hielt, hat nicht genügt, daß die Beisitzer während der Verhandlung gegen eine so schwere Anklage mit dem amtierenden Reichsanwalt im Flüsterton Zwiegespräche hielten, Ansichtskarten schrieben und während der Zeugenvernehmung sogar geschlafen haben. Er hat auch selbst mit dem Reichsanwalt während der Verhandlung einen Meinungsaustausch gepflogen.

In dem darauf ergangenen Urteil sind Arbeiter, die sich im Oktober 1923 angesichts des bevorstehenden Reichsfestes in Bayern und der gewaltsamen Beseitigung der verfassungsmäßigen Regierung in Sachsen mit ungeladenen, alten Gewehren versehen haben, wegen angeblichen Hochverrats zu schweren Zuchthausstrafen von 6 bis 7 Jahren verurteilt worden.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Niedner verurteilte der Staatsgerichtshof am 23. Juli 1924 den Stadtverordneten Karl Baumgärtel aus Delitzsch wegen einer Aeußerung in der Stadtverordnetenversammlung, wo er eine Eingabe auf Schutz gegen falschliche Uebergriffe mit der Aufforderung beendete: „Bewaffnet euch und sorgt dafür, daß die Regierung gezwungen wird", zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

Bei der Verhandlung des Staatsgerichtshofes in Sachen Fiedler und Genossen am 7. August äußerte der Angeklagte, Reichstagsabgeordneter Meußhorn, daß während der Untersuchung Polizei und Staatsanwalt ihm Geständnisse erpreßt haben und der Staatsanwalt ihm mit den Worten gedroht hat: „Sie gehören sofort an die Wand gestellt." Darauf sagte der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Niedner: „Wenn Sie wirklich die Tat begangen haben, wäre dieses in auch gerechtfertigt gewesen."

In allen Sitzungen unter Vorsitz Niedners wurden angeklagte Kommunisten stets zu ungeheuerlichen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Dadurch, daß Senatspräsident Dr. Niedner seinen Haß gegen die kommunistische Idee und die Kommunistische Partei bei jeder sich bietenden Gelegenheit öffentlich Ausdruck gab und auf diese Weise zweifellos die Beisitzer beeinflußt hat, hat er die Verhandlungen einseitig zuungunsten der Angeklagten geleitet. Verhandlungen einseitig zu Ungunsten der Angeklagten geleitet nur um diese ungeheuerlichen Zuchthausurteile, gegen die es kein Rechtsmittel mehr gibt, zu erreichen.

Niedners Aeußerungen im Fiedler-Prozeß bedeuten eine direkte amtliche Billigung der Lynchjustiz und eine Aufforderung zum Mord.

Ist die Reichsregierung bereit, den Senatspräsidenten Dr. Niedner wegen seiner offen zur Schau getragenen Parteilichkeit und bewußten Rechtsbeugung sofort in Anklagezustand zu versetzen und die unter seiner Leitung zustande gekommenen Schreckensurteile aufzuheben?

Gelehrige Schüler von Severing

wollen die Gemeindeversammlung von Dittersbach sprengen.

In die Arbeitergemeinde Dittersbach sind zum Entsetzen aller Spieß- und Bierbürger, die in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vereinigt sind, 6 Kommunisten gewählt worden.

Am 21. Mai erfolgte die Vereidigung, bei welcher der Gemeindevorsteher eine recht burgfriedliche sanfte Ermahnungsrede vom Stapel ließ. Unsere Genossen erklärten darauf, daß sie sich als Vertreter der ausgebeuteten Klasse betrachten und energisch die Interessen der Arbeiterschaft vertreten werden.

Die Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hörten sich diese Erklärung ohne Widerspruch an und erwiderten, daß sie auch auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der SPD. und mit der KPD. hoffen.

Nun gingen einige Monate ins Land, die den Kapitalsvertretern zeigten, daß kommunistische Gemeindevertreter ihren Worten auch die Taten folgen lassen und soziale Anträge im Interesse der Arbeiterschaft durchzubringen verstehen.

Dieser Umstand, als auch die Rückenstärkung durch den bekannten Erlaß des sozialdemokratischen preußischen Innenministers, veranlaßte die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft am 14. August zu einem Vorstoß gegen die Kommunistische Fraktion.

Unter Berufung auf den Severing'schen Erlaß verlangten die Bürgerlichen, daß unsere Genossen ihre am 21. Mai abgegebene Erklärung zurücknehmen sollen, da diese Erklärung im offensichtlichen Gegensatz zu den Pflichten der Gemeindevertreter stehe.

Selbst der sozialdemokratische Gemeindevorsteher war über dieses Verlangen erstaunt und versuchte, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft von ihrem Vorhaben abzubringen. Er mußte zugestehen, daß gar nichts vorliege, um den guten Willen der kommunistischen Gemeindemitglieder bezüglich ihrer Mitarbeit anzuzweifeln.

Unsere Genossen wiesen selbstverständlich das unverschämte Verlangen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zurück und Genosse Richard Schulz erklärte, daß die Kommunistische Fraktion voll und ganz auf dem Boden der abgegebenen Erklärung stehe.

Nunmehr gingen die bürgerlichen Gemeindeverordneten zu

einem Erpressungsmanöver

über. Sie drohten den Sitzungen der Gemeinde und den Sitzungen in denjenigen Kommissionen, in denen Kommunisten sitzen, so lange fern zu bleiben, bis die Angelegenheit geklärt sei. Sie wiesen ferner darauf hin, daß alle Beschlüsse, die bisher gefaßt worden, rechtsungültig seien.

Darauf kam es den bürgerlichen Schiebern nämlich an. Unsere Genossen hatten nämlich für 007 Knappschaftsinvaliden und -witwen Ersatz der Wohnungsmiete durch die Gemeinde sowie eine einmalige Beihilfe für die Arbeitslosen, die den Sportplatz gebaut haben, durchgesetzt.

Das paßte den Klopffechtern des Kapitals nicht und da sie sich gegenüber der Arbeitermehrheit in der Minderheit befinden, versuchen sie durch diese Roßtäuschereinisse die Knappschaftsinvaliden, die Witwen und die Arbeitslosen um die von der Gemeinde bewilligten Mittel zu prellen.

Wochenlang lag dieser Antrag zur Beratung vor, wurde aber nicht verhandelt. Erst am Tage, als dieser Antrag zur Beratung kam, benutzten diese Heuchler die Gelegenheit zum Vorstoß gegen die Kommunistische Fraktion und zum Hinauslaufen, um dann mit Hilfe Severings diesen Beschluß der Gemeindeversammlung für ungültig erklären zu lassen.

Unsere Genossen durchschauten sofort das Manöver und verteilten noch eine Stunde nach der Sitzung 2500 Handzettel, in denen sie die Einwohnerschaft zu einer Versammlung am Donnerstag aufriefen.

Die Polizei versuchte diese Aktion zu sabotieren, indem sie unserem Genossen Schöffen Schulz die Handzettel unter Anwendung von Gewalt zu entreißen versuchte, was ihr jedoch nicht gelang.

Die Versammlung der Dittersbacher Einwohnerschaft war außerordentlich gut besucht; es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute in der Turnhalle Dittersbach von der Kommunistischen Fraktion einberufene Einwohnerversammlung, stellt sich geschlossen hinter die Kommunistische Fraktion und bringt damit zum Ausdruck, daß sie die in der ersten Sitzung der Gemeindevertreter abgegebene Erklärung der Kommunistischen Fraktion gutheißt. Sie spricht der Kommunistischen Fraktion ihr Vertrauen aus und ist gewillt, den Kampf, den die Kommunisten führen, zu dem ihrigen zu machen."

Diese Versammlung dürfte den Kapitalsvertretern, die in der Arbeitsgemeinschaft sitzen, gezeigt haben, daß die Dittersbacher Einwohnerschaft nicht gewillt ist nach der Pfeife der Herren Weiß und Konsorten zu tanzen.

Ein Versuch des Gemeindevorstehers, zu einer Einigung zu gelangen, scheiterte ebenfalls vollkommen. In den am 15. August stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Gemeindevorsteher und unserer Fraktion erklärten unsere Genossen nochmals mit aller Deutlichkeit, daß sie nicht daran denken, ihre Erklärungen zurückzunehmen und daß sie in dem unerhört provokatorischen Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft den Versuch erblicken, die Gemeindevertretung in ihrer jetzigen Zusammensetzung zu sprengen!

Die Dittersbacher Arbeiter müssen nun der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beweisen, daß sie entschlossen sind, den Kampf um ihre elementarsten Rechte aufzunehmen.

Wenn es die Klopffechter des Kapitals, gestützt durch den Sozialdemokraten Severing, wagen sollten, die Gemeindeversammlung zu sprengen, dann müssen sie von der Dittersbacher Einwohnerschaft, die zu 95% proletarisch ist, die Antwort erhalten:

Löst auf soviel Ihr wollt, blamiert Euch und Eure Demokratie, so gut Ihr könnt; wir Dittersbacher Proletarier werden nur der Partei unsere Stimme geben, die sich allen Burgfriedensbestrebungen zum Trotz, zum revolutionären Klassenkampf bekennt und ihre Mandate nur im Interesse der werktätigen Bevölkerung ausübt.

Aus dem Noskereich.

Ein neues Opfer der Haarmann-Methoden.

Im Dezember 1923 wurde in Hannover der 60 Jahre alte Genosse Karl Rubbert verhaftet. Er ist das Opfer des Spießgesellen Haarmanns. Dieser agent provocateur und Zutreiber für Haarmann, namens Granz, hatte dem Genossen Rubbert ein Paket mit Sprengstoff ausgehändigt. Rubbert kannte den Inhalt des Paketes nicht. Er wurde aber sofort verhaftet und beschuldigt, ein Attentat vorbereitet zu haben.

Sieben Monate lang sitzt er nun schon in Untersuchungshaft. Verschiedene Haftentlassungsanträge seines Verteidigers wurden abgelehnt.

Durch die lange unschuldig erlittene Untersuchungshaft ist der Genosse Rubbert geistig vollkommen zusammengebrochen. Durch die Schuld des Gefängnisarztes und des Untersuchungsrichters ist er jetzt

irrsinnig geworden.

Rubbert wurde wohl in das Gefängnislazarett überführt, doch hat sich der Arzt bei 6 Wochen nicht sehen lassen. Gegen die Krankheit des Genossen verordnet der Gefängnisarzt nur Pillen. Der geistige Zusammenbruch Rubberts ist darauf zurückzuführen, daß er im Gefängnis mit einem Irrsinnigen in eine Zelle eingesperrt wurde.

Der unglückliche Genosse ist jetzt vollkommen unzurechnungsfähig. Aus einem Brief seines Rechtsbeistandes entnehmen wir folgendes:

„Daß Rubbert tatsächlich unzurechnungsfähig ist, ergibt sich daraus, daß er nachts wiederholt am Fenster hochgeklettert ist und hinausgerufen hat: Frieda — die Tochter des Angeklagten — geh nach Hause. Selbstverständlich war die Tochter überhaupt nicht im Gefängnis. Während des Spazierganges im Hofe oder Garten des Gerichtsgefängnisses fütterte Rubbert wiederholt 200 Gänse, die er genau gezählt haben wollte, obwohl überhaupt keine Tiere zu sehen waren. Rubbert leidet also an vollkommenen Wahnideen.

Simulation kommt bei dem Angeklagten Rubbert sicherlich nicht in Frage.

Insassen des Gefängnisses, wie auch dem Unterzeichneten gegenüber hat Rubbert wiederholt verlangt, in ein „anderes" Krankenhaus gebracht zu werden, wo er operiert werden könne. Es müsse ihm ein anderes Gehirn eingesetzt werden, da er fortgesetzt Schmerzen im Kopfe hätte.

Auch die Wächter des Gerichtsgefängnisses sind offenbar der Ansicht, daß Rubbert nicht mehr zurechnungsfähig ist. So hat noch vor einigen Tagen ein Obermachtmeister des Gefängnisses meinem obigen Gewährsmann gegenüber erklärt, drüben in der Bude — d. h. in der Zelle Rubberts — sähen alle die Vögel zusammen.

Einen bisher unbescholtenen Menschen, der im 61. Lebensjahre steht, in dieser Weise zu behandeln, ist geradezu unglaublich. Dabei ist ein Antrag, den Angeklagten Rubbert durch einen Privatarzt untersuchen und behandeln zu lassen, abgelehnt worden. In welcher Verfassung sich die Angehörigen der Familie Rubbert befinden, läßt sich unter diesen Umständen wohl denken. Wenn sich die zuständigen Richter nur einmal die Mühe geben wollen, auf wenige Augenblicke von dem körperlichen und geistigen Zustande Rubberts sich zu überzeugen, würde meiner festen Ueberzeugung nach dessen sofortige Haftentlassung verfügt werden. Statt dessen erhielt ich am 6. August 1924 einen Beschluß vom 11. Juli 1924 — ich bitte auf die Daten zu achten — wonach die Beschwerde Rubberts gegen den Haftbefehl zurückgewiesen ist.

Nach meinem Dafürhalten ist hier schnellstes Vorgehen unbedingt geboten, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll."

Man ist einfach sprachlos, wenn man diesen Tatbestand liest. Die Gerichtsbehörden Hannovers geizen scheinbar nach dem Ruhm, den Haarmannskandal noch zu übertrumpfen. Im Noskereich ist eben alles möglich. Ob dieser Skandal wieder von der Sozialdemokratie und vom preußischen Justizministerium gedeckt wird?

Der Schmutzkübel der SPD.

In der letzten Zeit wird planmäßig von einem Teil der Provinzpresse der SPD. gegen einzelne kommunistische Reichstagsabgeordnete (Rosenbaum, Schütz, König) eine unglaubliche Flut persönlicher Verdächtigungen und Verleumdungen ausgeschüttet. Man entblödet sich nicht, auch Haß gegen diese Genossen sie als Schurken, Spitzbuben, Säufer usw. hinzustellen. Wenn die Kommunisten es auch gewöhnt sind, verlästert und verleumdet zu werden, so übersteigt das Maß der Verleumdung in diesem Falle doch alle gewohnten Grenzen. Die Genossen haben deshalb gegen die Verbreiter dieser Lügen Klage angestrengt. An den ausgestreuten Verleumdungen ist auch nicht ein Jota wahr.

Bluthunde unter sich.

(Eigener Drahtbericht.)

Wattenscheid, 15. August

In der Wohnung des Polizeibeamten Kiesner kam es zu Streitigkeiten zwischen ihm und seinem Kameraden Turulski und einem früheren Polizeibeamten. Als die beiden letzteren der Aufforderung, die Wohnung sofort zu verlassen, nicht sofort Folge leisteten, schoß K. den Polizeibeamten Turulski mit drei Schüssen nieder. T. war sofort tot. Severing dürfte sich freuen über solche eifrige Beamte. Wer so schnell mit der Waffe bei der Hand ist, wenn es gegen Kollegen geht, wie soll das erst sein, wenn es gegen die Arbeiter geht?

Eine gute Lehre für Streikbrecher.

In der Frage, ob der Arbeitgeber bei Teilstreiks den sich arbeitswilligen durch Teilstreiks aber an produktiver Arbeit verhinderten Arbeitern Lohn zahlen muß, hatte bereits das Reichsgericht mit Urteil vom 6. Februar 19[illegible] zugunsten des Arbeitgebers entschieden. Jetzt hat in einem ähnlichen Fall auch das Landgericht Halberstadt als Berufungsinstanz gegen das Urteil des Gewerbegerichts Aschersleben entschieden, daß arbeitswillige Arbeiter keinen Anspruch auf Lohn haben, wenn sie infolge schuldhaften Streiks anderer Arbeiter nicht mehr in der Lage sind, produktive Arbeit zu leisten.

Millionen für die Großagrarier.

Einer Parlamentskorrespondenz zufolge soll in allernächster Zeit ein weiterer 25-Millionenkredit für die Einbringung der Ernte zu einem mäßigen Zinssatze bereitgestellt werden. Der gesamte Ernterkredit wird im Laufe der nächsten Tage auf 170 Millionen gebracht werden.

Den Erwerbslosen werden Hungerlöhne gezahlt, für die Großagrarier aber stehen Millionen bereit!

Breslau

Kommunistische Partei.

Dienstag, den 19. August, abends 7½ Uhr, im Roten Löwen, Kupferschmiedestraße:

Funktionärversammlung.

Die Anwesenheit aller Funktionäre ist notwendig.

Am Freitag, den 22. August, findet eine öffentliche Versammlung statt. Das Material hierzu ist im Büro abzuholen.

Die Intelligenz eines Untersuchungsrichters.

Die Klagen der in der Breslauer Graupe inhaftierten politischen Gefangenen über Schikanen durch den Untersuchungsrichter reißen nicht ab. Während die kriminellen Gefangenen alle 14 Tage 10–15 Minuten Sprecherlaubnis erhalten, sind den politischen Gefangenen wiederholt die Sprechzeiten auf 5 Minuten verkürzt worden. Zeitungen werden wiederholt nicht ausgehändigt. Die Nummer der Schlesischen Arbeiterzeitung, in der von dem Hungerstreik der politischen Gefangenen in Gleiwitz berichtet war, wurde unseren Genossen nicht ausgehändigt.

Ein Brief des Genossen Fröhlich an die Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", wurde dem Genossen Fröhlich mit dem Vermerk zurückgesandt: **„Es sind nur leserlich geschriebene und inhaltlich verständliche Schreiben zur Absendung geeignet".**

Eine Beschwerde des genannten Genossen gab der Untersuchungsrichter nicht weiter, sondern sandte sie mit dem kategorischen Vermerk zurück: **„Es bleibt bei der Ablehnung".**

Demgegenüber stellen wir fest, daß jenes Schreiben für jeden halbwegs intelligenten Menschen durchaus leserlich und verständlich war. Genosse Fröhlich hat eine sehr deutliche Handschrift und alle Schriftsetzer haben ihm wiederholt versichert, daß seine Manuskripte die leserlichsten sind. Man müßte annehmen, daß die Intelligenz eines Untersuchungsrichters doch nicht hinter der eines Schriftsetzerlehrlings mit Volksschulbildung zurückbleibt. Was den „unverständlichen" Inhalt anbelangt, so handelt es sich um eine von der Redaktion verlangte zeitungstechnische Kritik an der „Schl. A.-Ztg.".

Offenbar waren dem Untersuchungsrichter die bekannten Ausdrücke für die Schriftarten Petitte, Korpus, Cicero unverständlich und er vermutete hinter ihnen eine kommunistische Geheimsprache. Genosse Fröhlich bemühte sich nun in der Beschwerde dem Untersuchungsrichter diese Begriffe klar zu machen, ja er machte sich auch die Mühe, dem Untersuchungsrichter durch Zeichnungen das Verständnis für die elementarsten typographischen Begriffe zu erleichtern.

Alles vergeblich. Der Untersuchungsrichter will anscheinend nichts hinzulernen, es ist viel einfacher für ihn die Briefe eines Kommunisten nach 4 Tagen mit solchen klassischen Bemerkungen zurückzuschicken. Wir verlangen, daß diesem Untersuchungsrichter von den vorgesetzten Stellen einmal klar gemacht wird, daß er sich — wenn er sich schon als Zensor aufspielt — die nötigen Kenntnisse erwerben muß um einen, für mit Durchschnittsbildung begabten Menschen durchaus verständlichen und leserlichen Brief zu prüfen.

Oder ist die vorgesetzte Behörde der Ansicht, daß der Briefzensor weniger intelligent als gesinnungstüchtig zu sein braucht?

Fort mit dem Abtreibungparagraphen.

Die Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Hunger mögen noch so groß sein; der Staat, der Millionen von Arbeitslosen mit ihren Familien keine ausreichende Unterstützung gewährt, verlangt aber von euch Arbeiterfrauen, daß ihr gebären müht. Täglich finden in Deutschland Prozesse wegen Verbrechen gegen das keimende Leben statt. Trotz aller drakonischen Strafen des bürgerlichen Ordnungsstaates nehmen die Verstöße gegen die Abtreibungsparagraphen kein Ende. Im Gegenteil, die Fälle mehren sich in die Hunderttausende. Der republikanische Staat verlangt Kanonenfutter. Es ist ihm gleichgültig, ob er dabei ganze Familien unglücklich macht, oder sie neuem Verderben überliefert.

Kaum ist der Prozeß Michalski vorüber, so beschäftigt sich die Breslauer Justiz schon wieder mit einem neuen Fall. Dieses Mal stand auf der Anklagebank kein Verbrecher a la Michalski, der die Not der der Verzweiflung nahen Frauen und Mädchen schamlos ausbeutet, sondern eine alte 71 Jahre alte Hebamme. Ernestine Metaschke hat in ihrem jahrzehntelangen Hebammenberuf genügend Elend, Jammer und Verzweiflung gesehen und sie glaubte, auf Grund ihrer medizinischen Kenntnisse Eingriffe vornehmen zu können. Gewiß ist der Eingriff, der nicht von einem Arzt vorgenommen wird, zu verurteilen. Aber die Frauen, die in den wenigsten Fällen keine Kinder haben wollen, zur Abtreibung nur aus wirtschaftlichen Gründen genötigt sind, werden Hebammen und Pfuschern in die Arme getrieben.

Die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung wird angeklagt, wenn in der Gerichtsverhandlung zutage tritt, daß die Frauen und Mädchen erst von der Kartenlegerin zur Hebamme M. geschickt wurden. Vom Arzt abgewiesen, laufen die werdenden Mütter in ihrer Angst zur Kartenlegerin, d. h. die Massen bleiben abergläubisch. Das ist der Erfolg der Sozialdemokratie, die aus lauter Angst vor dem Bürgertum nicht gewagt hat, im November 1918 diese Schandparagraphen, die sie früher selbst bekämpft hat, zu beseitigen.

Wie nicht anders zu erwarten war, endete der Prozeß mit der Verurteilung der 71 Jahre alten Hebamme Metschke zu zwei Jahren Zuchthaus, die mitangeklagten Frauen erhielten drei bis neun Monate Gefängnis.

Eine Greisin von 71 Jahren muß im „Namen des Volkes" ins Zuchthaus wandern. Die mitangeklagten Frauen, die sich von der Metschke abtreiben ließen, müssen im „Namen des Volkes" für all die Qual, die sie auszustehen hatten, noch ins Gefängnis gehen.

Kommunisten sind vogelfrei

in der kapitalistischen Republik. Das bewies erneut ein Prozeß, der vor einigen Tagen in Striegau gegen einige Genossen stattfand. Dem Prozeß lag folgender Vorfall zugrunde.

Im Mai d. Js. diskutierten nach einer Zentrumsversammlung einige Genossen mit Versammlungsteilnehmern. Stahlhelmbrüder gesellten sich dazu. Als die Stahlhelmhalunken erfuhren, daß Engel Kommunist ist, warfen sie ihn hinaus und bedrohten ihn mit Erschießen. Als dann noch einige andere Hakenkreuzler hinzukamen, entspann sich eine Schlägerei, bei der die Frau des Genossen Engel, von den mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffneten Faschisten, durch einen Revolverschuß verwundet wurde.

Man hätte nun annehmen müssen, das jener Orgelschbandit auf die Anklagebank gekommen wäre. Aber weit gefehlt!

Der Staatsanwalt ließ den Banditen, der unsere Genossin verletzt hatte, unbehelligt und der mißhandelte Genosse und die verwundete Genossin mußten auf der Anklagebank Platz nehmen, weil sie sich gegenüber faschistischen Angriffen gewehrt hatten.

Durch die Zeugenaussagen wurde einwandfrei festgestellt, daß jene Banditen die Angreifer waren und Genosse Engel erst, nachdem seine Frau verwundet war, sich gegenüber dem Hakenkreuzbanditen vergriffen hatte.

Trotz des klaren Sachverhaltes beantragte der Amtsanwalt eine Gefängnisstrafe von **3 Monaten, bezw. 200 Mk. Geldstrafe** und gegen die verwundete Genossin **eine Woche Haft oder 100 Mk. Geldstrafe.**

Rechtsanwalt Schlüter wies die Unhaltbarkeit der Anklage nach und verlangte die Freisprechung des Angeklagten.

Das Klassengericht, das anscheinend der Ansicht ist, daß die Kommunisten vogelfrei sind und es für sie keine Notwehr geben darf, verurteilte unseren Genossen zu 40 Mk. Geldstrafe, bezw. 8 Tagen Gefängnis, und die verwundete Genossin zu 5 Mk. Geldstrafe, bezw. 1 Tag Gefängnis.

Die Klassenurteile gegen unsere Redakteure.

Ein proletarischer Kämpfer vor Gericht.

Wegen Vergehen gegen das Republikschutzgesetz stand gestern unserer früherer verantwortlicher Redakteur, Genosse Hartsch, unter Anklage.

Er wurde angeklagt, weil in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" in Nr. 81 v. Js. die polizeiliche Begründung veröffentlicht wurde, die zum Verbot der „Roten Fahne" führte.

Weil die Redaktion in ihrem Kommentar schrieb: „Was die „Rote Fahne" gesagt hat, können wir restlos unterstreichen, wurde eine große Verhandlung aufgezogen. Das Gericht hat sich selbst damit lächerlich gemacht, was auch aus der Anklagerede des Staatsanwalts so recht hervorging. Er konnte nur mit der spießbürgerlichen Phrase operieren: die Beleidigungen und Beschimpfungen der Republik und der Minister läge doch klar auf der Hand. Er beantragt drei Monate Gefängnis.

Der Gerichtshof beschloß nach längerer Beratung 1200 Mark Geldstrafe.

Vor demselben Gerichtshof wie Genosse Hartsch hatte sich auch unser nächster verantwortliche Redakteur, Genosse Max Gläser, zu verantworten.

Ihm wurde ebenfalls Vergehen gegen das Republikschutzgesetz vorgeworfen, und zwar begangen durch Beleidigung der Reichswehr in einem Artikel unserer Zeitung. Weiter war er angeklagt, das Gedicht „Das Vaterunser" veröffentlicht zu haben, welches die christliche Kirche beschimpfe.

Der Vorsitzende des Klassengerichts versuchte, von unserem Genossen den Namen des Verfassers des Gedichts zu erfahren. Als klassenbewußter Kämpfer antwortete unser Genosse Gläser:

„Das steht hier gar nicht zur Debatte. Obwohl ich das Gedicht vor Erscheinen nicht gelesen habe, übernehme ich voll und ganz die Verantwortung. Das Bild, was sich der Künstler über die tatsächlichen Vorgänge in Deutschland beim Schreiben des Gedichts gemacht hat, unterstreiche ich. Wenn der Vorsitzende behauptet, die geschilderten Zustände im Gedicht entsprächen nicht den Tatsachen, so mache ich darauf aufmerksam, daß, wenn zwei Menschen unabhängig von einander sich über Dinge dasselbe Urteil machen und wenn hinter uns zweien vier Millionen kommunistische Wähler stehen, die die gleiche Ansicht über die Zustände in dem republikanischen Deutschland haben, dann sind es keine Behauptungen mehr, sondern Tatsachen. Schilderungen von Tatsachen aber sind keine Beschimpfungen der Republik. Der Inhalt des Gedichts richtet sich nicht gegen die Einrichtungen einer Kirche. Wir Kommunisten sind Gegner der Konfessionen, sagen aber unsere Ansicht darüber in anderen Formen.

Wir wissen, daß die Reichswehr fünf Jahre im Blut watet und erinnern nur daran, daß die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einmarschiert ist, um Ordnung zu schaffen. Die Herstellung dieser Ordnung hatte den Tod von 59 Proletariern zur Folge, Hunderte wurden schwerverletzt in die Krankenhäuser eingeliefert und Tausende sind in die Gefängnisse gesteckt worden. Wenn wir diese Tatsachen schildern, dann tun wir es im Interesse der Arbeiterschaft. Die kommunistische Presse ist die Stimme der Arbeiterklasse (Zwischenruf aus dem Zuschauerraum: „Sehr richtig!" Der Vorsitzende erklärt: „Wenn noch weitere Zwischenrufe fallen, lasse ich die Oeffentlichkeit ausschließen.). **Die Reichswehr ist, wie jedem Kinde bekannt, stets gegen die Arbeiterschaft vorgegangen. Die republikanischen Reichswehroffiziere in Münster haben sich sogar geweigert, den Präsidenten Ihrer Republik zu empfangen. Eine solche Reichswehr können wir nicht beleidigen, sie beleidigt sich durch ihre Handlungen selbst."**

Auf die ruhigen Worte Max Gläsers hatte der Staatsanwalt nur ein Gestammel. Er konnte weiter nichts sagen, als das, daß die Beleidigung und die Beschimpfungen der Reichswehr doch ganz klar seien und beantragte wegen der Schwere der Beschimpfungen vier Monate Gefängnis und wegen Beschimpfung der Kirche einen Monat Gefängnis.

Das Gericht beschloß nach längerer Beratung wegen Beleidigung der Reichswehr 400 Mark Geldstrafe und sprach unseren Genossen Gläser wegen der Anklage gegen die Kirche frei. In seiner Begründung des Urteils mußte der Vorsitzende erklären, daß unter den geschilderten Umständen kein Vergehen gegen die Kirche vorliegt.

Obgleich das Vergehen, das unserem Genossen Hartsch zur Last gelegt wurde, schon fast ein Jahr zurückliegt und heute überhaupt gar keine Bedeutung mehr hat, verurteilte der Gerichtshof unseren Genossen doch zu 1200 Mark Geldstrafe. Die Höhe dieser Strafe ist ungeheuerlich. Abgesehen davon, daß ein Prolet gar nicht in der Lage ist, diese Summe aufzubringen, zeigt dieses Urteil so recht das doppelte Maß, mit dem die deutschen Gerichte proletarische Verbrechen sühnen. Während in allen nationalistischen Zeitungen fast täglich in verletzender Art über die Novemberrepublik gespottet wird, während in rechtsgerichteten Kreisen die Republik zum Spottgesang geworden ist, bekommen die faschistischen Redakteure entweder gar keine oder ganz geringe Strafen.

Man steckt unsere Genossen nicht ins Gefängnis, weil sie darin dann die Verbrechen der preußischen Verwaltungen aufdecken können. Mit solch ungeheuren Geldstrafen verfolgt der Gerichtshof den Zweck, den Verurteilten sein Leben lang wirtschaftlich zu versklaven. Diese neuen Methoden der Rechtsprechung sind viel brutaler, obgleich sich Geldstrafe viel besser anhört wie Gefängnis.

Unter der Wucht des vorgetragenen Materials und der logischen Beweisführung unseres Genossen Max Gläser mußte das Gericht ihn wegen Veröffentlichung des proletarischen Vaterunsers freisprechen. Er wurde jedoch zum Schutze der Republik mit einer Geldstrafe von 400 Mark belegt, weil er die „republikanische" Reichswehr beleidigt hatte. Unser Genosse Gläser würde gerne die 400 Mark zahlen, wenn er der Auffassung wäre, daß seine Behauptungen unrichtig waren, und daß die Reichswehr wirklich republiktreu und arbeiterfreundlich sei. Aber, wer lacht da nicht? Die 400 Mark, die unser Genosse zum Schutze der republikanischen Reichswehr zahlen muß, leugnen nicht den wirklichen reaktionären, monarchistischen Charakter der Reichswehr hinweg. **Dieses Urteil ist ebenfalls nur eine Farce, um den Bestand einer Republik den arbeitenden Massen vorzutäuschen.**

Aus der Provinz

Aus der Fortbildungsschule Liebau.

In der hiesigen Fortbildungsschule scheint man sich neben den Lehrfächern auch jetzt mit Politik beschäftigen zu wollen. Bei der Durchnahme der Reichsverfassung kritisierte in einer Klasse der Lehrer die verschiedensten Regierungen und meinte wörtlich, auch die Regierung Marx würde uns nicht aus dem Elend führen. Er erweiterte die Diskussion und fragte die Schüler, unter welcher Regierung sie sich eine Besserung versprächen. Bedauerlicherweise war der erste Schüler für eine monarchistische Regierung. Dieser Schüler, ein armer Schlosserlehrling, scheint entweder erst mehrere Tage alt zu sein oder er besitzt die nötigen Protektionen jetzt schon beim Bismarckbund. Ein anderer Schüler trat für eine sozialdemokratische Regierung ein und als ein dritter sich für die Arbeiter- und Bauernregierung einsetzte, lachte der reaktionäre Lehrer laut auf und meinte, die kann ja nur aus der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" kommen. Man hörte bei der Nennung der Arbeiter- und Bauernregierung laute Bravorufe; der arme Lehrling brachte ein teutsches Pfui heraus.

Mißstände auf den Fürstensteiner Gruben.

Seit 1. August werden den über 60 Jahre alten Kameraden die Kündigungen zugestellt. Irgendwelche Unterstützung seitens der Gewerkschaften fehlt, im Gegenteil, die „Schlesische Bergwacht" forderte vor einiger Zeit die Grubenbarone auf, die Entlassungen ja recht gleichmäßig durchzuführen. Soviel hat diese Sorte von Aucharbeitern für ihre jahrelang organisierten Genossen übrig, wenn diese den Profit der Grubenbarone nicht mehr voll befriedigen können. Aber nicht nur, daß die alten Knappen durch ihre Kündigung in schwere Not geraten, man geht noch weiter und verhöhnt sie. Wir alle wissen, daß gerade die Arbeitsveteranen diejenigen waren, die durch übergroße Pünktlichkeit, durch unerhörte Schufterei sich die Gunst der Herren Beamten nicht verscherzen wollten. Jetzt schreiben diese Herren, die selbst noch nicht mal richtig arbeiten gelernt haben, in die Zeugnisse: „Weil Sie Ihrer Arbeit in letzter Zeit nicht mehr nachgekommen sind, werden Sie entlassen."

Kameraden! So verfährt man mit euch, wenn ihr alt seid, nachdem ihr ein ganzes Leben lang für den Profit der Kohlenbarone geschuftet habt, nachdem ihr, bloß, um euch die Gunst der Aufseher zu erhalten, Ueberschichten bis zum Erbrechen verfahren habt, nachdem ihr manchmal sogar zu Verrätern an euren streikenden Arbeitsbrüdern geworden seid.

Wir Kommunisten fordern eine auskömmliche Unterstützung in Höhe des Existenzminimums für die Invaliden und deren Familien, freie Krankenkasse bis zum Tode der Kameraden und deren Frauen. Wir fordern, daß diese Unterstützungen von den Unternehmern, die sie beschäftigt haben, zu zahlen sind.

Greiffenberg. Verfassungsfeier der SPD. Die hiesige Ortsgruppe der SPD. hatte zu einer „imposanten" Verfassungsfeier, verbunden mit Fackelzug, aufgerufen. Auch die anderen „republikanischen" Parteien, wie Zentrum und Demokraten, war man nähergetreten, um sie zu der Teilnahme zu bewegen. Leider hatten sie es vorgezogen, nicht mit für die „Freiheit" aller Republiken zu demonstrieren. An dem Fackelzug nahmen zirka 100 Schulkinder und gegen 60 bis 70 Männer und Frauen teil. Danach Aufstellung am Rathaus, woselbst ein SPD.-Mann die Verfassungsrede schwang. Er schilderte die schöne Republik in den grellsten Farben. Unter anderem führte er ungefähr folgendes aus: Jeder anständige Mensch muß uns Sozialdemokraten zugestehen, daß wir uns immer als gute Bürger benommen haben. Nun der Redner die einzelnen Paragraphen der Verfassung anführte: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", machte ein Genosse den Zuruf „Wo denn?". Der Redner gab zur Antwort: „Wenn er sich nicht anständig benehmen kann, soll er sich lieber ins Bett legen!" Und dabei steht doch auch in der Verfassung: „Jeder Deutsche kann sich frei äußern." Der Redner rühmte, daß es die Sozialdemokraten gewesen sind, die 1918 die Säbeldiktatur gestürzt haben, um aber nicht etwa die Diktatur des Proletariats aufzurichten, sondern die Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes. Noch größer konnte wohl die Demokratie nicht durch den Dreck gezogen werden, angesichts der 7000 Arbeiter, die in den Gefängnissen schmachten. Sozialdemokraten, wo bleibt eure Demokratie? Euch klagen 7000 Arbeiter, Frauen und Kinder an. Es wäre angebrachter gewesen, für die eingekerkerten Arbeiter, für ihre Freilassung, zu demonstrieren. Dann wäre der Umzug wohl zu einer imposanten Demonstration geworden. Das Hoch, welches der Redner auf die Republik ausbrachte, hätte wohl gezeigt, wie man unter den hiesigen Arbeitern über die Republik denkt, denn es war ein sehr klägliches. Im großen und ganzen genommen, hätte die Rede ein Zentrumsmann auch nicht besser gebracht. Sie wollen ja nur gute Bürger sein, und keine Klassenkämpfer. Geduldige Lämmer, die die Faust des Kapitals noch nicht genug gespürt haben.

— Ein nettes Jungdofrüchtel ist hier verhaftet worden, welches seine Eltern bestohlen bezw. bestehlen wollte. Feine Leutel

Roßberg-Beuthen. Der Gemeindevorsteher, Dr. Grehlich, kündigte Knall und Fall dem Erwerbslosen Groll die Arbeit, weil derselbe die Gemeinde verklagte wegen Weigerung der Zahlung der sozialen Zulagen. Der Genosse Groll soll nun wieder einen Monat ohne Unterstützung bleiben, er hat Frau und drei Kinder.

— Opfer der heutigen Gesellschaft. In das Polizeigefängnis wurden eingeliefert in der Zeit vom 9. bis zum 11. August: 2 Personen wegen Verdachts der gewerbsmäßigen Unzucht, 2 Personen wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 4 Personen wegen Verdachtes des Einbruchdiebstahls, 2 Personen wegen Diebstahl, 1 Person auf Grund eines Haftbefehls, 1 Person wegen Umhertreibens, 4 Personen wegen Obdachlosigkeit. — In Beuthen werden etwa 30 neue Villen für reiche Leute gebaut.

— Dreck für Arme. In Beuthen wird den Arbeitern, welche ihren Kindern eine Freude machen wollen, auch billige Schokolade verkauft. Diese Arbeiterschokolade ist so, daß bereits ein Kind aus Kö[illegible] nach dem Genuß der Schokolade erkrankte und starb.

An Sarotti- und Stollwerk-Konfekt ist noch kein Bourgeoiskind gestorben.

Gewerkschaft

4. Internationaler Transportarbeiter-Kongreß.

Fimmen einstimmig wiedergewählt.

Der letzte und delikateste Punkt des Kongresses war die Neuwahl des zweiten Sekretärs. William erklärte hierzu, daß der Generalsekretär bisher ehrenamtlich fungiert habe, was nicht weiter angängig sei. Die Exekutive bringe erneut den bisherigen Kollegen Fimmen als Generalsekretär, Nathan als Vertreter zum Vorschlag.

Im Auftrage der deutschen Delegation gibt Scheffel eine Erklärung zur Wahl Fimmens ab. Er sollte künftig seine Tätigkeit nur ausüben im Einvernehmen mit der Exekutive. **Seinem ungehemmten Tatendrang wolle man Schranken ziehen.** Er wolle wohl immer das Gute, schaffe aber oft das Böse. Neben vielem Guten hätte er auch Schwächen. Auch wir Deutschen schlagen ihn wieder vor unter der Bedingung, **daß solche Sachen wie die Berliner Konferenz 1923 nicht wiederholt werden.** In allen grundsätzlichen Fragen solle er sich vorher mit der Exekutive verständigen.

Chachuat-Frankreich wünscht hierzu eine Erklärung Fimmens, dann würde er einstimmig wiedergewählt werden.

Erklärung Fimmens:

„Während der letzten zwei Jahre habe ich auf Grund der ökonomischen und politischen Entwicklung, die ich zu sehen glaubte, eine andere Politik und Taktik verteidigt und verfochten, als sie bisher die große Majorität der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für richtig gehalten und noch für richtig hält. Ich glaube, es ist mein Recht, von dem ich, ganz gleich, wie die Entscheidung fällt, nicht Abstand nehmen will und kann. Ich bin eine Draufgängernatur und alles andere als eine Beamtenseele. Ich gebe zu, daß, wenn ich in der Minorität bleibe, daß ich mich dann fügen muß. Das ist in der Vergangenheit nicht immer geschehen. Ich gebe zu, daß das Recht auf seiten des Kongresses ist, und ich sage, daß ich mein Bestes tun werde in dieser Hinsicht, an der Leine zu marschieren, aber andererseits muß ich die Freiheit haben, meine eigene Meinung zu verfechten. Auch kann man sie für kommunistisch oder bolschewistisch halten. Meine Arbeit und meine Propaganda haben in gewissen Kreisen Mißtrauen erweckt. Man fragt, wo steht der Kerl eigentlich? Verkauft er uns an Moskau? Wenn man meint, ich verkaufe die Organisation an Moskau, dann ist es am besten, man wählt mich nicht. Ich muß das Vertrauen der Organisation haben; denn im anderen Falle kann ich mein Amt als guter Beamter, aber nicht als Sekretär einer Weltorganisation leiten.

Ich lege ganz besonderen Wert darauf, dieses hier zu sagen, weil ich weiß, wie in mancher Hinsicht gesprochen wird. Mein Standpunkt ist dieser, ich wiederhole ihn hier:

Organisatorisch halte ich unsere internationale Korporation für die einzig richtige. Ich habe aber viel daran zu kritisieren. Ich bin der Meinung, **wir sollten mehr nach links marschieren.** Ihr kennt meinen Standpunkt. Ich meine, **daß die Kritik der Organisationen, die uns nicht angehören, in sehr vieler Hinsicht recht haben.** Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn unsere Organisation ihre Aufgaben erfüllen soll, es notwendig ist, daß wir zur Einheit kommen. Das ist ein langer Weg, das ist ein schwerer Weg, aber er muß eingeschlagen werden und alles muß getan werden, um dies zu erreichen im Interesse der Arbeiterklasse, dafür kämpfe ich, und dazu muß ich Freiheit haben.

Wenn ihr mich behalten wollt, und auch ich möchte meinen Posten nicht aufgeben, weil er mir ans Herz gewachsen ist und ich in dieser Internationale verankert bin, wenn wir zusammen bleiben wollen, dann muß ich auch eurerseits das notwendige Vertrauen haben, gleich von vornherein, nicht weil ich glaube, daß ich dann eure Erlaubnis nötig hätte, aber damit man von vornherein weiß, was ich will und nicht vielleicht der Eindruck entsteht, daß ich nicht offen geredet hätte.

Ich habe schon lange das Bedürfnis gehabt, mich zu überzeugen, was drüben in Rußland vorgeht, ich habe den Wunsch, einmal hinüber zu gehen und zu sehen, wie die Sachen aussehen. Es ist mein Recht, meine Ferien dort zuzubringen, und ich habe dazu das Bedürfnis. Ich wünsche das zu sagen, bevor mich der Kongreß annimmt. Ich habe damit gesagt, wo ich stehe. Auf der anderen Seite ist eine Tendenz, aber keine Organisation. Ich wünsche, daß diese Tendenz in unsere Organisation recht viel getragen würde, **dafür will ich persönlich kämpfen** und ich werde alles daran setzen, dies zu tun. Wenn ihr mich behalten wollt, und ich glaube, ich tauge dazu, laßt mich ein voller Mann bleiben, und macht mich nicht zum Eunuchen dadurch, daß ich persönlich nicht das sagen kann, was ich für richtig halte. Ich hoffe, daß niemand aus persönlichem Grunde seine Stimme für mich abgibt. Wir können auch gute Freunde bleiben, wenn die Mehrheit der Meinung ist, daß es besser ist, wenn ihr mich nicht wählt. Wenn ihr mich wählt, dann deshalb, weil ihr glaubt, daß trotz meiner in euren Augen Fehler, ich der Mann bin, dem ihr euer Vertrauen schenkt und von dem ihr wißt, daß er Einsicht und Charakter hat, um die ITF. weiter zu führen."

Nun wird Fimmen einstimmig als Generalsekretär wiedergewählt. Für den 1926 stattfindenden Kongreß wird Frankreich gewählt.

Nach einigen Schlußworten des Vorsitzenden, worin er fordert, nunmehr auch für die Durchführung der beschlossenen Resolutionen zu sorgen, wird der Kongreß geschlossen.

Wie stelle ich die Ortsgruppe auf die Grundlage der Betriebszelle um?

Manche Ortsgruppenleitungen wissen nicht, wie sie es anfangen sollen, die Partei umzustellen auf Betriebszellen. Dabei kommt es soweit, daß sie nach vergeblichen Bemühungen den Kopf hängen lassen, weil es nicht zu gelingen scheint, und dann wieder in den Fehler verfallen, die Straßenzellen doch als das Bessere anzusehen. Die Genossen, die politischen Leiter verstanden in den seltensten Fällen, in den Betrieben die Grundlage zu schaffen. — Wenn ich meine Ortsgruppe umstellen will auf Betriebszellen, so betrachte ich dies nicht als eine Ressortarbeit, sondern als die wichtigste politisch-organisatorische Arbeit. Deshalb wird keine Kommission eingesetzt, die Ortsgruppenleitung leitet die Arbeiten selbst und zwar wie folgt:

1. In der Ortsgruppenleitung wird ein Genosse ein Referat zu dieser Sache ausarbeiten und halten.
2. Der organisatorische Leiter der Ortsgruppe legt auf Beschluß der Leitung dieser zu bestimmtem Datum (kurze Frist) einen Arbeitsplan vor.
3. Alsdann wird in Mitgliederversammlungen darüber referiert und die Sache politisch aufgezogen.
4. Laut Arbeitsplan werden dann die Betriebe nach ihrer Größe und geographischen Lage registriert, entweder durch Rundfrage in den Straßenzellen oder wenn es geht, mit Hilfe des Adreßbuches.
5. Ein Fragebogen bringt alles, was ich von jedem Parteigenossen wissen will:

Hast Du schon
zur Agitation
das Rundschreiben der Breslauer S. P. D.

(Siehe „Schlesische Arbeiter-Zeitung" vom 5. 8. 1924)

bei Deinen parteilosen und sozialdemokratischen Kollegen

benutzt?

---

1. In welchem Betrieb er arbeitet.
2. In welcher Abteilung des Betriebes.
3. In welcher Gewerkschaft er ist.
4. Welche Funktion er hat in der Gewerkschaft.
5. Welche in der Partei.
6. Wo er wohnt (Distrikt, Straßenzelle usw.)

Außerdem kann man erfahren, in welchem proletarischen Verein er Mitglied ist usw., was die Zelle wissen muß.

6. Während die Arbeit sich vollzieht, geleitet durch einen Genossen, nimmt man mit den größten Betrieben schon die Verbindung auf und wenn es vorerst nur ein Genosse ist. Hat man mehrere, wird sofort die Zellenleitung gewählt; hat man nur einen, ist er die Zelle und gleichzeitig Zellenobmann. Diese Genossen haben die Aufgabe, alle anderen Genossen des Betriebes ausfindig zu machen, zu sammeln und die planmäßige politische Arbeit zu beginnen. Regelmäßiges Zusammenkommen, Aussprache, gegenseitiges Kennenlernen.
7. In diesem Stadium schon nehmen sämtliche Ressortleitungen wie Agitprop-, Nachrichten-, Gewerkschafts-, Kommunale Abteilung usw., die Verbindung auf mit diesen im Aufbau befindlichen Zellen.
8. In den Großbetrieben wird ein Genosse zugeteilt aus der B.L. oder U.L. Ortsgruppenleitung, Abgeordneter, Stadtverordneter usw. Dieser Genosse ist mitverantwortlich für die Weiterentwicklung der Zelle.
9. In den Zellen wird dann an die Verhältnisse des Betriebes angeknüpft, eine Unterteilung vorgenommen, Blockobleute, Abteilungsvertrauensleute oder Zehner- oder Fünferführer usw. je nach Stärke und Zahl der Mitglieder.
10. Diese Zellenleitungen mit ihren Funktionären holt man zusammen und bespricht die erste politische Kampagne. Notwendig ist das besprechen an Hand vieler Beispiele des planmäßigen Werbens und leitenden Arbeitens unter Anwendung verschiedener Methoden in allen Fragen, des Literaturbetriebs, der Roten Hilfe usw.
11. Die Fragebogen haben während dieser Zeit das Ergebnis gebracht und können Kartothekkarten ausgestellt und die Gesamtmitgliedschaft nach Betrieben registriert werden.
12. Sodann Betriebsversammlung mit den im Bereich wohnenden Genossen und Genossinnen, die nicht im Betriebe beschäftigt sind und Angliederung derselben.
13. Zellenobleute-, Zellenleitungs-, Zellenfunktionärversammlungen, einberufen durch die Ortsgruppenleitung, müssen sofort regelmäßig stattfinden. Desgleichen Zellenversammlungen.
14. Die Kassierung muß eingeführt werden, die Ortsgruppenleitung neu gewählt, so daß die entscheidenden Großbetriebe, wenn möglich, darin vertreten sind.

Der Fall Wiersich bei den Eisenbahnarbeitern Ohlaus.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Ich bin Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" und betreibe auch Propaganda für diese. Als ich vorige Woche einen Zeitungsausschnitt in der Bude auslegte, fand ich am nächsten Tage folgende Notiz: „Kommunistische Verdrehungskünste" und weiter (jetzt kommt der Gipfel der Frechheit): „Wenn du noch einmal derartiges Material hier vorlegst, bekommst du von der ganzen Kolonne soviel, daß du noch einmal eine Rente beziehen mußt, dann hast du ein dreifaches Einkommen."

Ich bin Schwerkriegsverletzter und beziehe eine Rente von 50 Prozent. Und, o heilige Einfalt, ein politischer Kindskopf will mir die ganze Kolonne auf den Leib hetzen, daß sie mir die Knochen noch mehr lahmschlagen. Na, mein lieber Junge, warum so feige, warum meldest du dich nicht auf meine Fragen. Ist dir der Schreck wegen Wiersich und Genossen so in die Knochen gefahren, der sagte, die Arbeiter müssen mit der Peitsche niedergehalten werden. Oder ist dir bei dieser Jahreszeit dein Gehirn eingetrocknet, du Kommunistenfresser? Wenn dir etwas nicht gefällt, laß es ruhig liegen. Wenn du etwas dagegen hast, warum bist du nicht zu mir gekommen? Hast du vielleicht Angst gehabt, daß ich dir die richtige Antwort gegeben hätte?

Uebrigens, auf die paar Pfennige Rente, die wir Kriegsbeschädigten beziehen, bist du ja nicht allein scharf, es sind ihrer noch mehrere. Wenn du eine Rente haben willst, so gehe in den Stahlhelm Schwarz-rot-gold, da gibt es manchmal Keilerei mit Schwarz-weiß-rot. Du kennst doch die eichenen Stöcke. Da laß dich zum Krüppel schlagen und du bekommst auch deine Rente. Dann hast du deinen losen Mund gestopft. Sag' mal, du unbekannter Feigling, was liest du denn für ein Käseblättchen. Doch nicht etwa die „Volkszeitung" oder gar den „Breslauer Generalanzeiger", daß du auf einmal so erschrocken bist. Oder hat dich die Wahrheit von deinen Führern so verblüfft, wie im Falle Wiersich. Das eine muß ich dir sagen, wenn du jetzt noch nicht klar siehst, wie die ganze Karre läuft, dann tust du mir wirklich leid. Der Kolonne Menzel rufe ich zu: „Laßt euch von so einem Kindskopf nicht irreleiten. Heraus mit den bürgerlichen Zeitungen aus eurer Wohnung! Lest die „Schlesische Arbeiter-Zeitung". Nur die allein vertritt eure Interessen! Nur die allein macht euch zum richtigen Klassenkämpfer!"

*

Wir bringen diese Zuschrift, ohne ein Wort zu streichen und um zu zeigen, wie sich ein mit uns Kommunisten sympathisierender Arbeiter mit den Sozialdemokraten herumschlagen muß und seinen Mann dabei steht. Bei der Schweinerei eines Wiersich operieren die Sozialdemokraten in ihrer Verlegenheit mit den billigen Ausreden „Kommunistische Verdrehungskünste". Damit schaffen sie die Tatsache nicht aus der Welt. An unseren Genossen in den Betrieben liegt es, nun, dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter von Wiersich Antwort verlangen und mit den Kommunisten für die Beseitigung eines solchen gemeinen Arbeiterverräters eintreten.

Sammelt „Rote Hilfe"!

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Leichnitz, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuraq-Berlin, Filiale Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Heute
und täglich 8 Uhr:
Gesamt-Gastspiel des Wiener Ronacher-Theaters
„Wien gib acht!"
Große Ausstattungs-Revue in 11 Bildern.

Leset und verbreitet die Schles. Arbeiter-Zeitung!

Beachtet unsere Inserenten!

Fertige Herren-Garderobe
zur erstklassiger Qualität und Verarbeitung
sow. **preisw. Maßanfertigung**
Unser bewährtes
Teilzahlungs-System!
Die Ware wird nach erfolgter Anzahlung mitgegeben.
Gebrüder Taterka
Spezialhaus für feinere Herren-Garderobe
Breslau, Ring 47, I. Et. (Naschmarktseite)

Lohnende Verdienstmöglichkeit!
Für alle größeren Orte und Landbezirke suchen wir rührige und arbeitsfreudige Genossen als 911
Ortsvertreter
unseres Verlages. Nur gut empfohlene Genossen wollen sich unter Beifügung eines Empfehlungsschreibens bis spätestens 15. Aug. melden. Neuer Deutscher Verlag, Zweigabteilung Schlesien. Adresse: Max Zschocher, Breslau 10, Trebnitzer Str. 50.

Achtung Literatur-Obleute!
Die hochaktuelle
satirische Arbeiterzeitung
Der Knüppel
ist noch zu haben.
Preis pro Exemplar
20 Pfennig.
*
Jeder Genosse abonniere sofort!
Buchhandlung d. Produktiv-Genossenschaft. Breslau, Trebnitzer Straße 50

Versammlungskalender

Breslau. Bezirk West. Sonntag, den 17. August, Frauen-Ausflug nach Klein-Masselwitz. Treffpunkt um 8 Uhr morgens, [illegible] ... in der Bezirksversammlung.

Hassler. Sonntag, den 17. August, vormittags 9 Uhr, Genossenversammlung im „Grünen Baum". Referent: Genosse ... Genossen und Genossinnen, erscheint zu Rufen.

Waldenburg. Sonntag, den 17. August, vormittags 9 Uhr, findet in der ... eine Kreiskonferenz der ... statt. ... Sehr wichtige Tagesordnung.

Lieg. Alle Genossen treffen am Montag, den 18. August, abends 8 Uhr, im ... zur Sitzung der ... [illegible]

[illegible] Gottesberg und Fellhammer. Sonntag, den 17. August, vormittags 9,30 Uhr, ... [illegible]

[illegible] Striegau. Sonntag, den 17. August, nachmittags 2 Uhr, findet eine ... Tagesordnung. [illegible] Sehr wichtige Tagesordnung.

Sonder-Angebote!
Niemand versäume, diese Kaufgelegenheit auszunützen!
Nur einige Beispiele:
Blendend schöne Sport-Kostüme 16.50
Kostüme aus Cheviot, reine Wolle 19.50
Damen-Mousseline-Kleider 13.50
Seid. Taffet-Kleider 27.50
Lange Boucral- u. Covercoatmäntel 9.50
Seid. Trik. Jumper 5.50
Reiz. Mousseline-Kleider 4.50
Frotté-Kleider 6.75
Gewaltige Preis-Ermäßigungen
Breslaus bekanntes Etagengeschäft für nur erstklassige Waren.
Aschner
Albrechtstr. 55, 2. Etg.
408

Schreibmaschine Deutschland
mit Zweifarbband 92
erstklassig!
Bequeme Teilzahlung
(ganz geringe Anzahlung).
Verlangen Sie Prospekt Nr. 272.
J. Max Koch, Neustadt (Orla).

Kommunistische Stadtverordnete u. Gemeindevertreter
Ihr müßt unbedingt abonnieren:
„Die Kommune"
Die Zeitschrift erscheint laufend monatlich
Preis pro Exemplar 0.20 Mk.
Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50 Abteilung: Buchhandlung

Bestellschein
auf die
„Schlesische Arbeiter-Zeitung"

Name ______________________

Beruf ______________________

Ort ______________________

Wohnung, Straße ______________________

Füllen Sie sofort diesen Bestellschein aus, frankieren Sie das Kuvert mit 3 Pfg., und schicken Sie dies als Drucksache an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung", Breslau 10, Trebnitzer Straße Nr. 50.

Der Vergiftungsskandal in Görbersdorf.

Die Patienten sollen um ihre Ansprüche betrogen werden.

Seit den Massenvergiftungen in Görbersdorf, die durch die Anstaltsleitung verschuldet, sind 4 Wochen verstrichen und die Ursache der Vergiftung ist amtlich immer noch nicht festgestellt. Nach den Mitteilungen des Medizinal-Untersuchungsamtes sollen angeblich Paratyphusbazillen die Vergiftungsursache sein.

Wie sind diese Bazillen aber in die Speise hineingekommen? Anfangs redete sich die Anstaltsleitung damit heraus, daß „Mäuse und Ratten eine gewisse ursächliche Rolle gespielt haben". Jetzt ist von diesen Ratten nicht mehr die Rede.

Wir haben bereits bei Bekanntwerden der Vergiftung die Behauptung aufgestellt, daß die Vergiftung dadurch entstanden ist, daß die Speise in kupfernen Kesseln über Nacht stand, welche unsauber waren. Jetzt behauptet die Anstaltsleitung und das Untersuchungsamt, daß eine Metallvergiftung nicht vorliege.

Der ganze Verlauf der Angelegenheit beweist, daß die Behörden bestrebt sind, die wirklichen Ursachen der Vergiftung zu vertuschen. Wäre sofort, wie wir es gefordert haben, ein Untersuchungsausschuß aus proletarischen Kreisen und den Kreisen der Patienten eingesetzt worden, so wären die Ursachen längst aufgedeckt.

Obendrein besitzt die Anstaltsleitung noch die Stirn, alle Entschädigungsansprüche abzuweisen.

Wer ersetzt nun den kranken Proletariern, die von der Reichsversicherung nach Görbersdorf geschickt wurden, den schweren gesundheitlichen und materiellen Schaden, den sie erlitten haben?

Es ist notwendig, daß sich alle durch die Vergiftung geschädigten Proletarier sofort zusammenschließen um ihre berechtigten Ansprüche geltend zu machen.

Ferner wird uns von Patienten mitgeteilt, daß sich trotz der Kritik an den Zuständen der Anstalt nichts an den bisherigen Mißständen geändert hat. Nach vorübergehender besserer Verpflegung sind die gereichten Mengen an Nahrungsmitteln wieder vollkommen unzulänglich. Auch die geschilderten Mißstände in der „Krone" sind nicht beseitigt worden.

Es ist kennzeichnend für die Zustände in der kapitalistischen Republik, daß erst die proletarischen Kranken auf das schwerste geschädigt werden, dann um ihre berechtigten Ansprüche geprellt werden und daß obendrein die Reichsversicherungsanstalt nichts tut, um die geschilderten Mißstände zu beseitigen und für eine geeignetere Unterbringung und Verpflegung der Patienten zu sorgen.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" bis 31. A[illegible] verboten.

Der württembergische Minister des Innern hat unser Stuttgarter Bruderblatt, die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" wegen eines Artikels „Schafft Rote-Hilfe-Organisationen" bis zum 31. August verboten. In dem Artikel über die Rote Hilfe wird eine Vorbereitung zum Hochverrat erblickt. Diese Begründung ist die verlogenste Heuchelei, die uns je vorgekommen ist. Der Artikel, der auch in anderen Parteizeitungen abgedruckt ist, weist nur auf die Klassenjustiz hin und fordert zur Gründung von Ortsgruppen der Roten Hilfe auf. Tatsächlich ist die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" aus anderen Gründen verboten worden. In der betreffenden Nummer befindet sich der Bericht über die Lynchjustiz von Leipzig und eine Reihe von Artikeln gegen das Sachverständigengutachten. Der Kampf der Kommunisten gegen den Dawesplan und die Klassenjustiz hat, wie vor kurzem die deutschnationalen Thüringer nun auch die Württemberger deutschnationale Bazillenregierung zur Unterdrückung der Kommunistischen Presse und Partei veranlaßt.

Gröhner verbietet den Eisenbahnern den Kampf gegen das Sachverständigengutachten.

Der Reichsverkehrsminister, der vor kurzem den Gewerkschaften den Streik verboten hat, hat jetzt in einem Erlaß verboten, daß Eisenbahner gegen den Dawesplan Stellung nehmen:

Der Reichsverkehrsminister Berlin W. 66, 24. 6. 24.
E. VIII R. 328 Voßstraße 35.

Betr.: Veröffentlichung von Beamten über das Sachverständigengutachten.

Veröffentlichungen von Beamten über das Sachverständigengutachten, insbesondere über die Zukunft der deutschen Reichsbahn veranlassen mich, den Erlaß vom 31. August 1922, E. II 20, Nr. 604 721 in Erinnerung zu bringen. Die Verfasser solcher Abhandlungen werden sich vor Augen halten müssen, daß ihre persönlichen Anschauungen über die Erfüllbarkeit der Vorschläge des Gutachtens von der Oeffentlichkeit leicht mit der Stellungnahme der Verwaltung selbst in Zusammenhang gebracht werden können. Dieses ist um so bedenklicher, als die Verfasser in der Regel nicht über sämtliche Unterlagen verfügen, die zur vollständigen Würdigung dieser Fragen, vor allem nach der finanziellen und politischen Seite hin, notwendig sind. Eine besondere Zurückhaltung ist für die Beamten der Reichsbahn in der Beurteilung dieser Frage in der Tagespresse namentlich zu einer [illegible] angezeigt in der die von der Reichsregierung bestimmten Vertreter im Organisationskomitee über die künftige [illegible]altung der Reichsbahn verhandeln. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil die Beamten, die über den Stand der Verhandlungen nicht unterrichtet sind, nicht in der Lage sind, zu beurteilen, ob solche Veröffentlichungen nicht störend auf den Verlauf der Verhandlungen wirken können.

i. V.: gez. Vogt.

beglaubigt: Schmidt II, Ministerialkanzleisekretär."

Maul halten und parieren! Das ist kennzeichnend für Gröhner. Erst kam der Landesverratsprozeß gegen die „Rote Fahne" wegen Veröffentlichung der Satzungen der neuen Eisenbahn A.-G., jetzt kommt das Verbot für die Eisenbahner, überhaupt zum Dawesplan Stellung zu nehmen. Die wahren Landesverräter, die Eigentum des Reiches ausländischen Regierungen in die Hände spielen, wollen bei ihrem Landesverrat von niemandem gestört werden. Deshalb die Drohung mit dem Erlaß vom August 1922, der mit sofortiger Kündigung und Entlassung droht. Die Bestimmung des Dawesgutachtens, daß die deutschen Arbeiter nichts mehr zu sagen haben, sondern nur die Kontrollkommissare zu bestimmen haben, wird von dem General Gröhner jetzt schon in die Praxis umgesetzt. Trotz aller Verbote wird die Eisenbahnerschaft und mit ihr das gesamte Proletariat gegen den Landesverrat der Reichsregierung, die bewußt die Reichsverfassung verletzt und Eigentum des Reiches an Morgan ausliefert, Stellung nehmen. Die Arbeiterschaft wird sich auch durch einen Gröhner nicht von dem Kampf gegen die drohende Versklavung abhalten lassen.

Erwerbslose als Ersatz für Strafgefangene.

Der Arbeitsnachweis Neukirchen bei Chemnitz hat an einen Gutsbesitzer in Jahnsdorf sechs Erwerbslose als Ersatz für Strafgefangene vermittelt. Das Schreiben lautet:

Neukirchen, 28. Juli 1924

Auf Veranlassung des Arbeitsnachweises werden Ihnen 6 Erwerbslose aus der Gemeinde Neukirchen als Ersatz für Gefangene zu landwirtschaftlichen Arbeiten überwiesen,

Der Bürgermeister, gez.: Mehnert.

Mehnert ist Sozialdemokrat. Das ist die neueste Errungenschaft der SPD., daß sie Erwerbslose als Ersatz für Gefangene verschachert. Sowie die Sozialdemokratie das gesamte deutsche Proletariat an Morgan und Co. verkauft, so behandelt sie auch die einzelnen Arbeiter.

Hosenmatz Dittmann.

Wilhelm Dittmann regte sich künstlich auf, als ihm zum 4. August die Kriegsnummer der „Solinger Arbeiterstimme" mit den Zitaten über die Haltung der Sozialdemokratie 1914 bis 18 zugeschickt wurde. Dittmann war während jener Zeit Chefredakteur der Arbeiterstimme. Dittmann verwahrt sich im „Volksblatt" in Solingen dagegen, daß er je nationalistische Politik gemacht habe. Seine Antwort auf die ihm unliebsame Hervorholung der nationalistischen Artikel aus der Kriegszeit besteht darin, den Redakteur der Kommunistischen „Bergischen Arbeiterstimme" mit Schimpfworten zu betiteln: Kommunistischer Hosenmatz, Kommunistenjüngling, Redaktionsjunge. Er behauptet dann, die Kriegsartikel stammen von dem jetzigen völkischen Arno Franke, der damals Redakteur der Arbeiterstimme gewesen sei. In Berichten von Arbeitern aus Solingen wird aber nachgewiesen, wie Dittmann sich während des Krieges zum Kriegsstrategen entwickelt hat und wie nicht nur der jetzige völkische Franke, sondern auch Dittmann dem Nationalismus während der Kriegszeit gehuldigt hat.

Eine neue Glanzleistung des Staatsgerichtshofes.

Seit Monaten befindet sich der Genosse Schreiber in Königsberg unter der Anschuldigung des Hochverrats in Untersuchungshaft. Bis heute hat der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, der diese Angelegenheit in Händen hat, noch nicht soviel Material zusammen tragen können, das eine Anklage konstruiert werden kann.

Dafür schikaniert er ganz im Sinne seines hohen Vorgesetzten des Senatspräsidenten Niedner, die inhaftierten Genossen. Der Genosse Schreiber versuchte unter Umgehung der Briefzensur einen Brief an seine Bekannten zu schicken. Dieser wurde abgefangen und im Einverständnis mit dem Gefängnisarzt verhängte der vom Staatsgerichtshof eingesetzte Untersuchungsrichter einen ganzen Rattenkönig von Ordnungsstrafen gegen Schreiber. Das Lesen von Tageszeitungen und eigener Bücher und Schriften wurde ihm darauf untersagt. Die Schreibmaterialien wurden ihm entzogen. Lebensmittel darf er nicht mehr kaufen noch empfangen, trotzdem die Gefängniskost eine miserable ist. Ihm ist verboten worden, Briefe abzusenden noch solche zu empfangen. Außerdem wird ihm jeder Besuch verweigert. Um ihn vollkommen zu isolieren, wurde angeordnet, daß er in ein anderes ostpreußisches Gefängnis überführt wird.

Die „Niednerei" ist das Prinzip der deutschen Gerichte gegen die Kommunisten.

Herriot knüppelt die streikenden Arbeiter nieder.

In Le Havre streiken die Hafenarbeiter. Die Regierung Herriot, die von der gesamten zweiten Internationale gestützt wird, folgt auch hier den Traditionen des französischen Militarismus und des deutschen Noske, und läßt die Führer der streikenden Arbeiter verhaften.

Macdonalds Antikommunistenhetze.

Die englische Polizei setzt ihren Kampf gegen die KPE. fort. Das Büro der Kommunistischen Partei in Manchester wurde durchsucht, ebenso die Privatwohnung des dortigen Parteisekretärs.

Wir hatten schon gemeldet, daß Ullmann, der Klavierbegleiter des Genossen Sörmus, ausgewiesen worden war. In der Wohnung von Sörmus erschienen Polizeibeamte, die Ullmann mit Gewalt abtransportieren wollten. Ullmann wurde jedoch nicht angetroffen. Eine ungeheure Protestbewegung gegen diese Schikanierung des roten Geigers hat in England eingesetzt. Selbst die sozialdemokratischen Organisationen wenden sich gegen Henderson, den sozialdemokratischen Innenminister, der für die neue Kommunistenverfolgung verantwortlich ist.

Farbige Winde.

Erzählung von Wssewolod Iwanow.

(Verlag Karl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8)

24]

Listrat Jefimytsch betrachtete sie eine Weile — zufrieden und satt waren sie. Und auch seine Stimme wurde zufrieden.

„Ohne Liebe wird der Krieg kein Ende haben. Das geht nicht."

„Mögen sie Krieg machen. Wenn sie ihn satt bekommen — werden sie sich ein gutes Leben einrichten."

Der Rotbärtige steckte ein weiches Stück Brot in den Mund und bestätigte:

„Das hast du richtig gesagt, Nikitin! Manchmal schlägt man so ein Frauenzimmer eine Zeitlang — und plötzlich bekommt man's satt: man will ein ruhiges Leben haben!"

„Man muß Krieg machen! ... Muß Bourgeois totschlagen! ..."

Nastaßja Maximowna schweigt. Schüchtern, freundlich bedient sie die Gäste — Fr[illegible]ogen, Weichselbeeren. Sie schweigt — sie weiß alles, sie braucht nicht zu reden.

Listrat Jefimytsch fragte Nikitin:

„Zu dir kommen doch Leute, fragen dich, b[illegible] ... was antwortest du ihnen?"

„Ich weiß, was ich antworten soll."

„Und ohne Liebe?"

„Ohne Liebe."

Jefimytsch streckte ihm seine große behaarte Hand entgegen:

„Ein fester Bursch bin du, solche habe ich noch nicht gesehen. Solche gab's bei uns nicht."

„Es gab schon."

Listrat Jefimytsch seufzte:

„Dann sind sie an mir vorbeige[illegible] ... Hätte sie nötig gehabt."

Gelb, satt sind die herbstlichen Stimmen. Der Himmel träumt, blaufedrige Gänse ziehen nach Süden. Und mit schallenden Rufen ziehen, man weiß nicht wohin, weißbrüstige Tarbagataiberge dahin ...

... Naumytsch blieb noch zurück, die anderen waren schon fort. Listrat Jefimytsch beiseite ziehend, fragte er ihn:

„Sehnst du dich nicht nach deiner Familie?"

„Nein."

„Ja, es sind schwere Leute! Man sagt, Ssemjon habe Offiziere bei sich einquartiert. Es hat sich ein Gerücht verbreitet, — du seiest bei den Aufständischen ... Er fürchtet, daß sie ihn totschlagen. Hast du nicht ans Weggehen gedacht?"

„Nein."

Naumytsch reckte sich zu seinem Ohr und murmelte hastig:

„Und du such den Glauben, such nur, such! ... Der Krieg wird nicht ewig dauern. Man wird dann später deinen Glauben schon brauchen können. Der Nikitin, der paßt nicht recht zu uns. Er wird dann nach China oder zu den Japanern gehen, — er und seine Serben ... Und du geh nicht fort! ... Sogar die Bauern sagen — Jetzt brauchen wir deinen Glauben nicht ... Er wird uns nur am Kampf hindern. Kämpfen wollen sie alle."

„Kämpfen wollen sie?"

„Es geht nicht anders. Jefimytsch. Auch du mußt mitkämpfen! ... Auch dir wird nichts anderes übrig bleiben. Sonst wächst uns der Koltschak über den Kopf ... er soll schon besondere Schulen aufgemacht haben. Schulen für Gutsbesitzer, damit sie uns nachher um so fester anpacken können ... Siehst du!"

Gleich einem gelben Fleck entfernte er sich. Er murmelte etwas in seinen Bart, trocken, unbegreiflich. Nastaßja Maximowna wusch im Kochwinkel die Köpfe.

Listrat Jefimytsch ging schweigend in der [illegible] auf und ab.

„Sie kennen alle meine Gedanken."

Zärtlich antwortete Nastaßja Maximowna:

„Wer, Listratuschka?"

„Die Menschen ... die Bauern ..."

„Das geht nicht anders. Wie soll es werden, wenn sie deine Gedanken und Absichten nicht kennen? Wie sollen sie dir da vertrauen?"

„Ich brauche ihr Vertrauen nicht ..."

„Was willst du denn von ihnen, Listratuschka?"

In gelben Schaffelhosen, in selbstgewalkten weißen Mützen, in langen, bis über's Knie reichenden Fellstiefeln, stellten sich die Bauern in Reih und Glied auf. Gebräunte, zedernfarbige Gesichter. Ausgeblichenes, schmutziggelbes Haar.

Sie standen in Reih und Glied. Lange schwere Reihen. Saurer grüner Geruch von Schaffellen und Sümpfen begleitete sie.

Weißlich wie das Salzmoor — die Augen. An ihren Schaffellen hängen Fichtennadeln, als seien sie durch undurchdringliches Dickicht gegangen.

Und wie ein ungeheures gegerbtes Schaffell dehnte sich über den Ber[illegible] der Himmel aus, durchbrochen von weißen Hauern der Tarbatagaischneegipfel.

„Stillgestanden! ... Rechts um! ..."

Streng, [illegible] und fest auftretend, schritt Nikitin die Reihen entlang. Mit breitem, grinsendem Gesicht folgte ihm der Rotbärtige.

„Genossen!" klang es scharf, als fiele ein Stahlblech nieder. Es kam Bewegung in die Reihen der Bauern. Dumpf rollte es über die Espen bis in den Urwald hinein:

„O-o-o! ... a-a ..."

Die trockenen, dunklen Hände ausgestreckt, wiederholte er hartnäckig, einige Male hintereinander die Worte, warf sie in die Menge:

„Genossen! ... Unser erstes Regiment! ... Unser Aufstand! ..."

Die hellen Blicke der Bauern verdichteten sich zum harten Dunkel. Schwere, breite Füße stampften, es roch nach Schweiß. Die nassen, wie verwundeten Münder öffneten sich:

„A-a-a ..."

Hoch über dem Urwald, den Himmel überspannend, jagte ein orangefarbener Gebirgswind dahin. Er fing einen Zug Störche auf und trug sie wie trockenes Laub zum Horizont.

Listrat Jefimytsch blickte ratlos zur Erde nieder und sagte zu Nastaßja Maximowna:

„Wie ist es denn? ... Warum? ..."

Aber sein Herz gehorchte ihm nicht: die Brust weich dehnend, folgte es glückselig schmelzend, breit wie ein Wagen, den Bauern nach:

„Was ist es denn? ... Was sollen sie mir? ... Was?"

XIV.

Leutnant Mironow siedelte zu Ssemjon über. In der Hütte, in der Listrat Jefimytsch gelebt hatte, hingen jetzt Kummete und Hasenfelle. Die Kosaken brachten aus der Stadt Ballen mit Aufrufen in kirgisischer Sprache.

Als Mironow gerade einmal ein Papier las, das er eben aus der Stadt erhalten hatte, fragte er:

„Ssemjon, wo ist dein Vater?"

„In seiner Waldhütte, im Walde. Gibt sich mit Bienen ab. Da hat unser Geschlecht von jeher getan ..."

(Fortsetzung folgt.)

DER JUNGPROLET

Reichsbanner Schwarz-rot-gold und die proletarische Jugend.

Viele junge Arbeiter gehören heute dieser Organisation an, ohne sich darüber klar zu sein, was dieses bedeutet. Tausende demonstrierten am vorigen Sonntag für die Verfassung der deutschen Republik. Ist diese Republik wirklich der Staat des arbeitenden Volkes, der auch für die Interessen der jungen Arbeiter eintritt? Nein! Das Proletariat ist entrechtet und unterdrückt in dieser Republik. Der Staat ist eine Organisation des Kapitals, trotz aller scheinbaren Demokratie. Die Demokratie ist nur die raffinierteste Form der kapitalistischen Diktatur. Ohne eine wirtschaftliche Demokratie ist auch keine politische Gleichheit möglich. Da der Kapitalismus die Wirtschaft beherrscht, hat er auch den Staat in seiner Hand. Im kapitalistischen Staat erleben wir daher nur die größte Entrechtung und Ausbeutung des Proletariats; besonders die proletarische Jugend ist heute in dieser Republik vollständig versklavt. Die Löhne sind derartig niedrig, daß die arbeitende Jugend zugrunde gehen muß. Der Achtstundentag steht für Jugendliche nur auf dem Papier. 2000 jugendliche Proleten sitzen neben 5000 erwachsenen Arbeitern als politische Gefangene in den Kerkern der Republik, weil sie es gewagt haben, die kapitalistische Diktatur anzukämpfen. In derselben Republik sitzen Tausende von sozialdemokratischen Führern in Regierungsstellen als Statthalter des Kapitalismus. Die Angehörigen der rechtsstehenden Kampfverbände, die dem arbeitenden Volke viel Schaden zugefügt haben, wurden trotz ihrer ungeheuren Verbrechen freigesprochen. (siehe Hitler-Ludendorff-Prozeß); können junge Arbeiter wirklich noch mit ihrem Gewissen vereinbaren, dieses System zu schützen? Mit dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold kann man ebenfalls nichts für die proletarische Jugend erkämpfen, denn neben vielen Arbeitern befinden sich auch noch große Kapitalisten darin, die natürlich nur daran denken werden, ihre Profite zu schützen und ihre Herrscherrolle zu verteidigen. Sie wollen die jungen Arbeiter als Werkzeug dazu benutzen. Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold ist darum praktisch der linke Flügel des Faschismus. Man geht sogar heute daran, die proletarische Jugend auf einen neuen Krieg vorzubereiten. Der Oberst Lange führte z. B. neben noch anderen nationalistischen Hetzreden in einer Ansprache in Breslau vor dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold folgendes an:

> Wenn das Vaterland uns braucht, so werden wir da sein und wenn wir einig sind, werden wir die nächste Marneschlacht nicht verlieren.

Diese Schmutz- und Schandrede wurde mit einem Freiheit und dem Deutschlandlied durch das Reichsbanner einschließlich der Sozialdemokraten beantwortet.

Arbeiter! Jungproletarier! Wann gehen Euch endlich die Augen auf? Was wollt Ihr tun, um Euch vor dem Faschismus und Chauvinismus Eurer Führer zu retten?

Wir Kommunisten sagen Euch: das Proletariat wird niemals etwas erreichen gemeinsam mit den Kapitalisten, sondern nur, wenn es eine revolutionäre Kampffront mit der Arbeiterklasse bildet und

kämpft mit der Kommunistischen Jugend und Partei für die Diktatur des Proletariats!

Schafft überall kommunistische Jugendgruppen!

Was die russischen Jungkommunisten uns schreiben.

Wieder sei euch ein Beweis gebracht, mit welcher Freude russische Jungkommunisten die Verbindung mit einer unserer Betriebszellen im Reich aufrechterhalten. Und mit welcher Spannung warten wir darauf, daß wir es ihnen gleichtun und das schwere Joch abschütteln.

Sie sind zu allem bereit. Ihr aber, Jungarbeiter, sollt ebenfalls beweisen, daß ihr die russischen Brüder nicht enttäuscht, indem ihr unter dem roten Sowjetbanner eure Kräfte der Arbeiterschaft widmet.

Lest, was sie euch schreiben:

Samara, den 29. Juli 1924.

Liebe Genossen!

Euer Brief vom 7. Juni 1924 wurde in unseren Zellenversammlungen der Kommunistischen Jugend vorgelesen. Es ist unmöglich, die Begeisterung zu schildern, die nach der Verlesung dieses Briefes zum Ausdruck kam. Wir wissen aus den Zeitungen, daß die deutsche KJ. wiederholt mit der Waffe in der Hand tapfer um unsere gemeinsame Sache, um die Befreiung der Werktätigen gekämpft hat. Das befriedigte uns aber nicht, wir ersehnten eine lebendige Verbindung, Meinungsaustausch und gegenseitige Ratschläge. Unsere Eisenbahn-Betriebszellen des RKJV. zählen 401 Mitglieder, während in unseren Betrieben insgesamt 500 Jugendliche arbeiten. Aus diesen Zahlen könnt ihr entnehmen, wie groß unser Einfluß ist. Trotzdem, daß wir jung sind, haben viele unter uns schon den ganzen langen Weg der Revolution zurückgelegt, wir waren in den Reihen der großen Roten Revolutionsarmee und unterdrückten blutig die innere und äußere Gegenrevolution. Die Weichherzigkeit den Feinden der Werktätigen gegenüber ist uns fremd. Auf Grund der vielen Erfahrungen unserer großen Revolution sind wir zur Folgerung gelangt: Es kann keine Vereinbarung mit der Bourgeoisie und mit ihren unvorsichtigen Förderern geben, das sind unsere geschworenen Feinde, die uns wiederholt massenhaft vernichten und erschießen ließen. Eure Erfahrungen sind noch nicht so groß und ihr könnt euch vermittels unseres Meinungsaustausches das Wertvolle aus unseren Erfahrungen aneignen. Wir sind von der Richtigkeit unserer Taktik überzeugt, da uns die Kommunistische Partei leitet, die die Arbeiter und Bauern zu befreien vermochte und uns richtigerweise zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft führt. Damit begnügen wir uns aber nicht; wir haben ja noch zur Zeit unserer großen Oktoberrevolution gelobt, die Weltrevolution, den Weltkommunismus zu machen und wir sind tief überzeugt, daß diese Zeit schon nicht fern ist. Wir stehen allezeit bereit, das nicht mit Worten, sondern mit Taten zu bezeugen. Wenn ihr uns ruft, werden wir euch zu Hilfe kommen. Gegenwärtig führen wir eine aktive Arbeit zur Durchführung der materiellen Unterstützung der hungernden deutschen Jugend. Ihr habt schon unser Getreide erhalten, was uns sehr freut und zu noch größerer Aktivität anregt.

Liebe Genossen! Wir empfehlen euch nachdrücklich die Direktiven der KP., zu befolgen und die Jugend dem Einflusse der Opposition und Faschisten zu entziehen.

Seid auf eurer Hut!

Schließt fester eure Reihen!

Es lebe die keimende deutsche Revolution und der Weltbund der Kommunistischen Jugend.

Wir haben schon viel erreicht und wir haben im Betriebe jetzt eine leichte Arbeit; unser Arbeitstag dauert 6 Stunden. Man gewährt uns allerlei Vergünstigungen, unsere Arbeit wird beschützt, wir machen oft Ausflüge, wir haben breite Möglichkeiten, uns auszubilden, während die Bourgeoisie in den Lehranstalten nicht zugelassen wird. Dieses Recht nützen wir breit aus, wir lernen und lehren die anderen und bereiten uns vor, um zu würdigen Ablösern der alten Revolutionäre, den Mitgliedern der Kommunistischen Partei zu werden. Wir schreiten auf dem Weg vorwärts, den uns unser Ilitsch gezeigt hat!

Es lebe die 3. Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

Es lebe die Jugend, der Funke der Weltrevolution!

Mit kommunistischem Gruß: Die Eisenbahn-Betriebszellen der RKJV. der Station Samara.

Golowanow.

NB. Jeder Jungarbeiter soll sich seiner KJ.-Zelle im Betrieb anschließen. Wo keine besteht, soll er die Jungarbeiter um sich scharen und den russischen Arbeitsbrüdern durch uns in Briefen mitteilen, wie er arbeitet, wie er gequält und geschunden wird, und wie er sich mit seinen Kameraden dagegen wehrt.

Hoch die enge Verbindung Rußland—Deutschland!

Hoch die internationale Solidarität!

Die Bourgeoisie rüstet zum Bürgerkrieg!

In den roten Kampfbataillonen muß die proletarische Jugend die Bourgeoisie niederschlagen!

31 junge Kommunisten zu 50 Jahren Kerker verurteilt.

In Warschau fand Anfang April ein großer Prozeß gegen 31 Jugendliche statt, denen als einzige Straftat vorgehalten wurde, daß sie der kommunistischen Jugendorganisation angehören. 31 Jugendliche wurden zu 50 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Doch damit ist die lange Liste der Verbrechen der polnischen Bourgeoisie noch nicht zu Ende. Unser Jugendgenosse Engel ist von einem Feldgericht zum Tode verurteilt worden und unverzüglich nach der Bestätigung des Todesurteils durch den Präsidenten der polnischen Republik hingerichtet worden. Engel war erst 18 Jahre alt.

Die revolutionäre Arbeiter- und Bauernjugend der Welt ist davon überzeugt, daß weder das Verhängen von hunderten Jahren Zuchthausstrafen, noch die bestialischen Todesstrafen den revolutionären Willen der Kommunistischen Jugendinternationale brechen können.

Das Andenken des Genossen Engel wird in den Reihen der revolutionären Jugend der Welt immerdar erhalten bleiben.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen Schlesiens!

Nicht allein in Polen wird die revolutionäre Jugend verfolgt, das geschieht in noch größerem Maße wie in anderen Ländern — in Deutschland —. In den Kerkern Schlesiens sitzen noch eine erhebliche Anzahl Jugendgenossen.

Unsere polnischen Gefangenen werden wir nie vergessen. Unterstützt sie durch Sammlungen für die Rote Hilfe.

Schwarz-weiß-rot muß siegen!

„Das gilt namentlich für unser Land, dem durch die heldenhafte Anstrengung unseres Heeres die Kriegsfurie ferngehalten wurde. Und wir sagen wohl nicht zuviel, wenn wir behaupten, das unerschütterliche Streben der Pflicht, den Sieg zu erringen, die das Volk in Waffen erfüllt, die Pflicht der Zurückbleibenden heißt, dem Volk Brot und Arbeit zu beschaffen."

(Aus einem Artikel über „Unsere Bildungsarbeit in der Kriegszeit" in Nr. 22 der „Arbeiterjugend" vom 24. Oktober 1914.)

Aus der praktischen Arbeit einer Erwerbslosenzelle.

In S., einer kleinen Stadt in Thüringen, hatten sich schon im vorigen Jahre die Jugendgenossen zu einer Erwerbslosenzelle zusammengeschlossen. Sie setzten es durch, daß ein Jugendvertreter in den Erwerbslosenrat gewählt wurde. Mit gutem Erfolge wurde an der Revolutionierung der Erwerbslosen gearbeitet. Die öffentlichen Erwerbslosenversammlungen wurden immer von unseren Erwerbslosen beherrscht. Im November wurde die KPD. und KJ. verboten. Es fand dann auch während des Ausnahmezustandes eine Erwerbslosenversammlung statt. Die Schupo war mit starker Ueberwachung erschienen; aber unsere Genossen waren auch nicht müßig. Währenddem ein erwerbsloser Kollege sprach, setzte spontan ein Sprechchor der Erwerbslosenzelle der Kommunistischen Jugend ein: die Kommunistische Partei und Jugend sind verboten. Wir pfeifen auf das Verbot. Die Kommunistische Jugend und Partei lebt trotz alledem; sie lebe hoch! Die anwesenden 500 Erwerbslosen stimmten mit ein und sangen die Internationale und die Schupo war machtlos trotz des Ausnahmezustandes.

Die Aermsten der Armen.

Die Erwerbslosen sind derjenige Teil des Proletariats, der am meisten unter dem Elend zu leiden hat. Besonders schlimm ist die arbeitende Jugend dran. Die Unterstützungsgelder sind Bettelpfennige, mit denen man nichts anfangen kann. Für diese Bettelpfennige müssen die jungen Arbeiter noch eine Pflichtarbeit leisten; dieses ist die ärgste Versklavung des Proletariats, da doch die Gelder für die Erwerbslosenunterstützung den noch im Betrieb arbeitenden Proleten vom Lohn abgezogen werden. Tausende junger Arbeiter wandern heute von Ort zu Ort, um nur irgendwo Arbeit zu bekommen. Sie sind gezwungen, sich durch Betteln usw. aufrechtzuerhalten. Die besitzende Klasse kümert sich nicht um die Not dieser Armen. Erbarmungslos werden die Proleten auf die Straße geworfen, wenn der Profit den Herren Kapitalisten nicht mehr hoch genug erscheint. Der Kapitalismus hat ein Interesse an einer großen arbeitslosen Armee, da die verelendeten Erwerbslosen sich billiger dem Unternehmer anbieten werden, und so die Löhne des Proletariats im allgemeinen herabdrücken. Die Sozialdemokratie tut nichts das geringste für die Erwerbslosen; im Gegenteil die SPD. und SAJ. halten es für richtiger, die kapitalistische Republik zu schützen und so die Sklavenkette für das Proletariat immer fester zu schmieden. Nur die Kommunisten allein kämpfen für ein menschenwürdiges Dasein der gesamten Arbeiterschaft. Es ist darum die Pflicht eines jeden jugendlichen Arbeitslosen, sich der Erwerbslosenzelle der Kommunistischen Jugend anzuschließen.

Tritt in unsere Kampfreihe ein!

Sommerfreuden.

Ein „Hetzfilm" von Alfred Leidig.

1. Bild.

(Eine dürftige Proletarierstube.) Die Witwe, eine Frau in den besten Jahren, aber aussehend wie eine Sechzigjährige, gibt den drei schulpflichtigen Kindern je eine Frühstücksstulle ... Die Kinder verabschieden sich von der Mutter und dem im Bett liegenden kleinen Bruder herzlich, verlassen mit ihren Schulbüchern die Stube .... Die Mutter setzt den fünfjährigen Jungen, der die Größe eines zweijährigen hat und noch nicht laufen kann, in einen am Bett stehenden Kinderwagen, stellt dann, damit er nicht herausstürzen kann, den Stubentisch und zwei hochlehnige Stühle an die freien Seiten des Wagens, legt zwei Schrippen in Reichweite auf den Tisch, ebenso einige Baukklötzer, verabschiedet sich zärtlich, blickt noch einmal prüfend umher und verläßt die Stube.

2. Bild.

(Ein luxuriöses Schlafzimmer im Strandhotel.) Die gnädige Frau schläft noch. Ihr weißer gepflegter Leib ruht aus von den Strapazen des gestrigen Strandfestes.

3. Bild.

(Eine Plätterin.) Ohne Bluse, nur in Rock und Hemd, steht die Witwe plättend am Arbeitstisch.

4. Bild.

(Schlafzimmer wie Bild 2.) Den ans Bett gebrachten Mokka beachtet die gnädige Frau nicht, gähnend legt sie sich auf die andere Seite.

5. Bild.

(Die Proletarierstube.) Der kleine Junge hat die Schrippen verzehrt, er sucht einen Baukloß, der bis an den gegenüberliegenden Rand des Tisches gefallen ist, zu erlangen, dabei unbewußt die ersten Stehversuche machend.

6. Bild.

(Die Plätterin.) Unruhig steht die Witwe am Arbeitstisch. Ein unheimliches Angstgefühl quält sie. Am liebsten möchte sie fortteilen, nach Hause, zu ihrem Jungen.

7. Bild.

(Am Badestrand.) Im Badekostüm, das jede Linie ihres massierten, parfümierten, manikürten und pedikürten Körpers zur Geltung bringt, steht die gnädige Frau bis zu den Knöcheln im Wasser, mehreren draußen schwimmenden Herren lebhaft zunickend.

8. Bild.

(Die Arbeiterstube.) Wie erstarrt steht die Witwe sekundenlang an der Tür, stürzt sich dann, mit fast irrsinnigem Gesichtsausdruck zu ihrem leblos am Boden liegenden Jungen.

9. Bild.

(Am Badestrand.) Flirtend, kokettierend umlagern die Herren die im Dünenland wie hingegossene gnädige Frau .... Die Gouvernante mit dem Kind der gnädigen Frau naht, das sich jauchzend auf seine Mutter stürzt .... Nur wenig richtet sich die gnädige Frau auf, um das Kind oberflächlich zu küssen, die Gouvernante ungehalten anzublicken .... Eilig geht die Gouvernante mit dem weinenden Kinde von dannen, vergeblich bemüht, es zu beruhigen.

10. Bild.

(Die Arbeiterstube.) Ihr totes Kind auf dem Arm haltend es unaufhörlich küssend, sitzt die Witwe weinend auf dem Fußboden. Zwei Frauen aus dem Hause stehen erschüttert an der Tür.

Rüste zum 10. Internationalen Jugendtag am 7. September 1924.